

Konzeption und Durchführung der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) 1996

Wasmer, Martina; Koch, Achim; Harkness, Janet; Gabler, Siegfried

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wasmer, M., Koch, A., Harkness, J., & Gabler, S. (1996). *Konzeption und Durchführung der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) 1996*. (ZUMA-Arbeitsbericht, 1996/08). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-200232>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZUMA-Arbeitsbericht 96/08

**Konzeption und Durchführung der
„Allgemeinen Bevölkerungsumfrage
der Sozialwissenschaften“
(ALLBUS) 1996**

Martina Wasmer, Achim Koch, Janet Harkness, Siegfried Gabler

Dezember 1996

ZUMA
Postfach 12 21 55
68072 Mannheim

Telefon: (0621) 1246-280
Telefax: (0621) 1246-100
E-mail: wasmer@zuma-mannheim.de

Inhalt

1 Einleitung.....	i
2 Die Grundkonzeption der ALLBUS- und ISSP-Studien	2
2.1 Die Grundkonzeption des ALLBUS	2
2.2 Die Grundkonzeption des ISSP	4
2.3 Überblick über die bisherigen ALLBUS- und ISSP-Studien.....	5
3 Das Fragenprogramm des ALLBUS/ISSP 1996.....	9
3.1 Allgemeiner Überblick	9
3.2 Schwerpunktthema ‘Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland’	9
3.2.1 Relevanz des Themas und Überblick.....	9
3.2.2 Konstruktion des Fragenprogramms.....	14
3.2.3 ALLBUS-Replikationsfragen zum Schwerpunktthema.....	20
3.2.4 Neuformulierungen und ALLBUS-externe Replikationsfragen	23
3.2.4.1 Wahrnehmungen und Überzeugungen.....	23
3.2.4.2 Soziale Distanz zu verschiedenen ethnischen Gruppen.....	26
3.2.4.3 Einstellungen zur rechtlichen Gleichstellung und zu anti-diskriminierenden Maßnahmen	28
3.2.4.4 Wahrnehmung und Beurteilung diskriminierender Akte.....	32
3.2.4.5 Determinanten von Vorurteil und Diskriminierung.....	34
3.3 ALLBUS-Replikationsfragen außerhalb des Schwerpunktthemas	38
3.3.1 Überblick	38
3.3.2 Einstellungen zu Ehe und Familie	39
3.3.3 Politische Einstellungen.....	40
3.3.4 Selbsteinschätzungen und Lagebeurteilungen	41
3.3.5 Sonstige Replikationsfragen	42
3.4 Demographiefragen.....	43
3.4.1 Standarddemographie	43
3.4.2 Spezielle Fragen in Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema	45
3.5 Sonstige Variablen des ALLBUS 1996	45
3.5.1 Abgeleitete Variablen	46
3.5.2. Regionalmerkmale	47
3.5.3 Interviewermerkmale	48
3.6 Der ISSP-Schwerpunkt „Einstellungen zu Staat und Regierung“	49

4. Das Stichprobenverfahren des ALLBUS/ISSP 1996.....	53
4.1 Die wichtigsten Informationen im Überblick	53
4.2 Die Grundgesamtheit	53
4.3 Die erste Ziehungsstufe: Auswahl der Gemeinden.....	54
4.4 Die zweite Ziehungsstufe: Auswahl der Zielpersonen in den Gemeinden	57
4.4.1 Die Anzahl der gezogenen Personenadressen.....	57
4.4.2 Das Ziehungsverfahren	58
4.4.3 Die Bildung der Stichprobe aus den gelieferten Personenadressen	59
4.5 Ost-West-Gewichtung bei Auswertungen für Gesamtdeutschland	61
5 Die Feldphase des ALLBUS/ISSP 1996.....	63
5.1 Zeitlicher Ablauf.....	63
5.2 Ausschöpfung	64
5.3 Interviewereinsatz und -kontrolle	66
5.4 Interviewsituation	68

1 Einleitung

Das Forschungsprogramm ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) dient dem Ziel, Daten für die empirische Sozialforschung zu erheben und umgehend allgemein zugänglich bereitzustellen. Die Verwendung des ALLBUS in Sekundäranalysen erfordert es, jede Phase des Forschungsablaufs so transparent wie möglich zu machen. Damit die Nutzer des ALLBUS den Prozeß der Datenerhebung nachvollziehen und sich kritisch mit den gewonnenen Daten auseinandersetzen können, wird daher auch im vorliegenden Methodenbericht für den ALLBUS 1996 die Konzeption und Durchführung der Studie ausführlich dokumentiert.

Der ALLBUS 1996 ist die neunte bzw. - wenn man die zusätzliche Baseline-Studie von 1991 als erste Umfrage in Gesamtdeutschland mitrechnet - die zehnte Studie im Rahmen des ALLBUS-Programms. Wie jeder ALLBUS enthält auch die Umfrage 1996 Informationen zu demographischen Merkmalen und zu Einstellungen in verschiedenen inhaltlichen Bereichen. Schwerpunkt ist das Thema "Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland". Die Fragen zu diesem Bereich wurden zum großen Teil neu entwickelt, zum Teil wurden aber auch einschlägige Fragen aus früheren ALLBUS-Erhebungen berücksichtigt. Darüber hinaus wurden auch Fragen zu verschiedenen anderen Themen (z. B. Einstellungen zur Rolle der Frau oder zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs) 1996 wiederholt, so daß die Studie vielfältige Möglichkeiten zur Analyse sozialen Wandels bietet. Der internationale ISSP-Teil (International Social Survey Programme) 1996 befaßt sich mit "Einstellungen zu Staat und Regierung", einem Thema, das bereits 1985 und 1990 im ISSP erhoben worden ist. Wie beim ALLBUS 1994 wurde auch 1996 eine Einwohnermelderegisterstichprobe verwendet.

Im folgenden wird zunächst die allgemeine Konzeption des ALLBUS- und des ISSP-Programms kurz vorgestellt (Abschnitt 2). In Abschnitt 3 werden die Inhalte des ALLBUS und ISSP 1996 erläutert. Die Stichprobenziehung für den ALLBUS 1996 wird in Abschnitt 4, das Feldgeschehen in Abschnitt 5 dargestellt.

2 Die Grundkonzeption der ALLBUS- und ISSP-Studien

2.1 Die Grundkonzeption des ALLBUS

Die beiden primären Ziele des ALLBUS-Programms sind die Untersuchung des sozialen Wandels und die Datengenerierung für Sekundäranalysen (vgl. Braun/Mohler 1991: 7ff). Die regelmäßige Erhebung von sozialstrukturellen Merkmalen, Einstellungen und Verhaltensberichten der Bevölkerung ermöglicht die Bildung langer Zeitreihen für soziologisch relevante Variablen und damit die Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Zudem wird die Infrastruktur in den Sozialwissenschaften verbessert, da die erhobenen Daten sofort nach der Datenaufbereitung interessierten Forschern und Studierenden für Sekundäranalysen zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des ALLBUS-Programms wird seit 1980 alle zwei Jahre eine Zufallsstichprobe der Bevölkerung der Bundesrepublik mit einem teils konstanten, teils variablen Fragenprogramm befragt. Zwischen 1980 und 1990 umfaßte die Stichprobe jeweils ungefähr 3.000 Personen aus der Grundgesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung in Privathaushalten der alten Bundesrepublik incl. West-Berlins. 1991 wurde aus Anlaß der deutschen Vereinigung zusätzlich eine Umfrage außerhalb des zweijährigen Turnus durchgeführt, bei der erstmals auch Bürger der neuen Bundesländer sowie deutschsprechende Ausländer in die Stichprobe aufgenommen wurden. Seit 1991 umfaßt die Grundgesamtheit der ALLBUS-Studien damit die gesamte erwachsene Wohnbevölkerung (d.h. Deutsche und Ausländer) in Privathaushalten in West- und Ostdeutschland. Die Stichprobengröße betrug 1991 jeweils 1.500 Personen in West- und Ostdeutschland. Seit 1992 liegt sie bei 2.400 Personen im Westen und ca. 1.100 im Osten.

In allen Erhebungen bis 1992 wurde das ADM-Stichprobensystem bzw. ein äquivalentes Verfahren eingesetzt. Im ALLBUS 1994 und 1996 kam eine Gemeindestichprobe mit anschließender Ziehung von Adressen aus den Einwohnermelderegistern zum Einsatz. Dieses Verfahren weist im Vergleich zum ADM-Verfahren verschiedene Vorteile auf, sowohl was den Stichprobenplan als auch was die Stichprobenrealisierung im Rahmen der Feldarbeit betrifft (vgl. Koch et al. 1994: 52ff.).

Neben der Untersuchung des sozialen Wandels und der Datengenerierung für Sekundäranalysen sollen mit dem ALLBUS auch international vergleichende Analysen ermöglicht sowie

Beiträge zur Methodenentwicklung geleistet werden. Um eine Datenbasis für internationale Vergleiche zu schaffen, fanden bereits bei den ersten ALLBUS-Umfragen bilaterale Kooperationen mit ausländischen Forschungsinstituten statt. Mit der Gründung des International Social Survey Programme (ISSP) erhielten diese Aktivitäten 1985 einen eigenen institutionellen Rahmen (vgl. Abschnitt 2.2). Seit 1986 ist die jeweilige Umfrage des ISSP als schriftlicher drop-off Bestandteil der ALLBUS-Erhebungen.

Der besondere Stellenwert des ALLBUS als Instrument der Methodenentwicklung zeigt sich zum einen an den gesondert durchgeführten Methodenstudien, z.B. zur Test-Retest-Reliabilität (vgl. Bohrnstedt u.a. 1987) oder zu Problemen von Gewichtungsverfahren (vgl. Rothe 1990). Zum anderen soll der ALLBUS mit der Durchführung der Studie selbst - durch die hohen methodischen Standards und die Transparenz des gesamten zugrundeliegenden Forschungs- und Datenerhebungsprozesses - zur Weiterentwicklung der Umfragemethodik beitragen. Der Einsatz einer Einwohnermelderegisterstichprobe ist ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang.

Den geschilderten Zielen entsprechend gelten für die ALLBUS-Studien verschiedene allgemeine Gestaltungsrichtlinien. Unabhängig von den längerfristigen Zielsetzungen soll jede einzelne Umfrage für möglichst viele Nutzer attraktiv sein. Die dafür notwendige Analysefähigkeit der Einzelstudien wird dadurch gewährleistet, daß in jeder Umfrage jeweils ein bis zwei Schwerpunktthemen ausführlich behandelt werden (vgl. den Überblick in Abschnitt 2.3), wobei die Fragen nach Möglichkeit Operationalisierungen theoretischer Konstrukte sein sollen. Die ausführliche Erhebung sozialstruktureller Hintergrundmerkmale in jeder Umfrage und Fragen zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen sichern ebenfalls die Verwendbarkeit des ALLBUS für Querschnittanalysen.

Der Nutzen des ALLBUS für Längsschnittanalysen wächst mit jeder weiteren Studie. Die notwendige Fragenkontinuität wird durch den Rückgriff auf Fragen aus anderen sozialwissenschaftlichen Umfragen und durch ALLBUS-interne Replikationen erreicht. In diese Meßreihen werden vorzugsweise Indikatoren einbezogen, die geeignet sind, langfristigen Wandel abzubilden, und sich durch Theoriebezogenheit und inhaltliche Zusammenhänge mit anderen Variablen des Fragenprogramms auszeichnen. Besonders häufig erhoben werden Merkmale, die zentral für bestimmte Einstellungskomplexe sind, einem schnellen Wandel unterliegen oder oft als erklärende Variablen verwendet werden. Andere wichtige Variablen,

für die weniger dichte Zeitreihen ausreichend erscheinen, werden im allgemeinen alle vier Jahre erfaßt. Für Schwerpunktthemen als Ganze werden Replikationen im 10-Jahres-Abstand angestrebt.

2.2 Die Grundkonzeption des ISSP

Das Ziel, mit den im ALLBUS erhobenen Daten nicht nur Vergleiche mit zurückliegenden Studien aus der Bundesrepublik, sondern auch interkulturelle Vergleiche zu ermöglichen, führte bereits bei den ersten ALLBUS-Umfragen zu bilateralen Kooperationen mit ausländischen Forschungsinstituten, insbesondere mit dem National Opinion Research Center (NORC) in Chicago.

Erste Schritte zu einer dauerhaften Kooperation zwischen Instituten aus mehreren Ländern wurden 1983 unternommen. Die Initiatoren waren das Social and Community Planning Research-Institut (SCPR) in London, das NORC in Chicago, ZUMA und die Research School of Social Sciences (RSSH) der Australian National University in Canberra. Man kam damals überein, in jedem Jahr ein Thema gemeinsam vorzubereiten und in allen Ländern gleichzeitig zu erfassen. Da das Kooperationsprojekt außerdem als Replikationsstudie geplant wurde, werden in der Regel die durchgeführten Befragungen in einem zeitlichen Turnus von fünf bis zehn Jahren wiederholt.

Als Erhebungsinstrument entschied man sich für einen schriftlichen Fragebogen. Befragt werden sollte in jedem Land eine repräsentative Zufallsstichprobe von mindestens 1.000 Personen. Bei den jeweiligen nationalen Fragebogen sollte es sich um Übertragungen des in britischem Englisch vorliegenden Original-Instruments handeln, das zuvor von den Teilnehmerländern gemeinsam erstellt und verabschiedet wurde.

Zusätzlich zu diesem gemeinsamen inhaltlichen Fragenprogramm sollte eine international vergleichbare Standarddemographie erhoben werden. Aufgrund der unterschiedlichen länderspezifischen Ausprägungen einzelner Merkmale, wie z.B. dem Bildungsabschluß, und den damit verbundenen verschiedenartigen Erhebungsmodi galt es, die einzelnen Vorgaben im internationalen Verbund aufeinander abzustimmen.

1985 wurden diese Absichten mit der ersten gemeinsamen Umfrage über "Einstellungen zu Staat und Regierung" realisiert. Damit konstituierte sich das International Social Survey Programme (ISSP) als Forschungsverbund. Die große Bereitschaft anderer Länder zu einer derartigen Zusammenarbeit zeigte sich in der Tatsache, daß Italien (EURISKO, Mailand) und Österreich (Soziologisches Institut der Universität Graz) das Fragenprogramm sofort übernahmen und sich in den folgenden Jahren laufend weitere Länder dem Forschungsverbund anschlossen. 1996 hat das ISSP 26 Mitgliedsländer: neben den vier Gründungsmitgliedern Bulgarien, Frankreich, Irland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, die Philippinen, Polen, Portugal, Rußland, Schweden, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

Die Zielsetzung des ISSP und ihre Umsetzung in die Praxis machen deutlich, worin die besondere Bedeutung dieses Projektes liegt. Zum einen handelt es sich beim ISSP um ein internationales Projekt, das in seiner Zusammensetzung und Kontinuität in der international vergleichenden Sozialforschung einzigartig ist. Zum anderen ist die von diesem Projekt abgedeckte Themenvielfalt (vgl. Abschnitt 2.3) hervorzuheben, die im Rahmen von bisherigen internationalen Studien, die hauptsächlich Daten zu nur einem Themenbereich erfassen, noch nicht erreicht worden ist.

2.3 Überblick über die bisherigen ALLBUS- und ISSP-Studien

Die Schwerpunktthemen der vorangegangenen ALLBUS-Umfragen waren:

- 1980 'Einstellungen zu Verwaltung und Behörden', 'Einstellungen zu politischen Themen', 'Freundschaftsbeziehungen'
- 1982 'Religion und Weltanschauung'
- 1984 'Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat'
- 1986 'Bildung und Kulturfertigkeiten'
- 1988 'Einstellungen zum politischen System und politische Partizipation'
- 1990 'Sanktion und abweichendes Verhalten', Replikation des ALLBUS 1980: 'Einstellungen zu Verwaltung und Behörden', 'Freundschaftsbeziehungen'
- 1991 ('DFG-Baseline-Studie') Replikation kleinerer Schwerpunkte der bisherigen ALLBUS-Umfragen zu den Bereichen 'Familie', 'Beruf', 'Ungleichheit' und 'Politik'
- 1992 Replikation des ALLBUS 1982: 'Religion und Weltanschauung'
- 1994 Replikation des ALLBUS 1984: 'Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat'.

Die Themen der ISSP-Umfragen 1985-1996 waren:

- 1985: 'Einstellungen zu Staat und Regierung' I (Role of Government)
- 1986: 'Soziale Netzwerke und Unterstützungsbeziehungen' (Social Networks and Support Systems)
- 1987: 'Soziale Ungleichheit' I (Social Inequality)
- 1988: 'Familie und sich ändernde Geschlechterrollen' I (Family and Changing Gender Roles)
- 1989: 'Arbeitsorientierungen' I (Work Orientations)
- 1990: 'Einstellungen zu Staat und Regierung' II (Replikation von 1985)
- 1991: 'Religion' I
- 1992: 'Soziale Ungleichheit' II (Replikation von 1987)
- 1993: 'Umwelt' (Environment)
- 1994 'Familie und sich ändernde Geschlechterrollen' II (Replikation von 1988)
- 1995 'Nationale Identität' (National Identity)
- 1996 'Einstellungen zu Staat und Regierung' III (Replikation von 1985/1990)

Die Themen für die nächsten drei Jahre liegen fest:

- 1997 'Arbeitsorientierungen' II (Replikation von 1989)
- 1998 'Religion' II (Replikation von 1991)
- 1999 'Soziale Ungleichheit' III (Replikation von 1987/1992).

Die ISSP-Umfragen sind als Selbstausfüller konzipiert. In Deutschland wird die ISSP-Umfrage seit 1986 in den ALLBUS-Jahren als schriftlicher drop-off im Anschluß an das ALLBUS-Interview erhoben. 1985 wurde sie postalisch durchgeführt. 1987, 1989 und 1993 wurde sie als Teil einer Omnibus-Umfrage schriftlich erhoben. Mit der Umstellung des ALLBUS auf eine Adressenstichprobe im Jahre 1994 ergaben sich auch Änderungen für das ISSP. Die ISSP-Umfrage 1995 wurde postalisch durchgeführt; die Bruttostichprobe bildeten die Teilnehmer des ALLBUS 1994.

Die methodisch-technischen Charakteristika der bisherigen ALLBUS-Studien sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Übersicht 1: Bisher durchgeführte ALLBUS-Studien

	ALLBUS 1980	ALLBUS 1982	ALLBUS 1984	ALLBUS 1986	ALLBUS 1988	ALLBUS 1990
Grundgesamtheit	Alle Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in der Bundesrepublik Deutschland (incl. West-Berlin) in Privathaushalten wohnen und bis zum Zeitpunkt der Befragung das 18. Lebensjahr vollendet hatten					
Auswahl- verfahren	Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in drei Stufen:					
	1. Stufe: zufällig ausgewählte Stimmbezirke					
	630 Stimmbezirke, d. h. 3 Netze mit je 210 Stimmbezirken aus der ADM-Hauptstichprobe	689 Stimmbezirke als geschichtete Unterstichprobe aus 16 Netzen der ADM-Hauptstichprobe	Wie ALLBUS 1980-1984	630 Stimmbezirke nach ADM-analogen Vorgehen aus Infaseigenem Ziehungsband		
2. Stufe: zufällig ausgewählte Haushalte in den Stimmbezirken						
	Adress Random	Adress Random	Random Route	Random Route	Random Route	Adress Random
3. Stufe: Zufallsauswahl jeweils einer Befragungsperson aus den zur Grundgesamtheit zählenden Haushaltsmitgliedern						
Stichprobe: - Ausgangsbrutto - bereinigtes Brutto - auswertbare Interviews - davon befragte Ausländer	N=4.620 N=4.253 N=2.955 --	N=4.562 N=4.291 N=2.991 --	N=4.554 N=4.298 N=3.004 --	N=5.512 N=5.275 N=3.095 --	N=4.620 N=4.509 N=3.052 --	N=5.204 N=5.054 N=3.051 --
Befragungszeitraum	7.1.1980- 29.2.1980	20.2.1982- 31.3.1982 19.4.1982- 31.5.1982	12.3.1984- 5.6.1984	20.3.1986- 15.5.1986	26.4.1988- 5.7.1988	12.3.1990- 25.5.1990
Art der Befragung	Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen			Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen und schriftliche Befragung als „drop-off“		
Erhebungsinstitut	GETAS	GETAS	GETAS	Infratest	GFM- GETAS	Infas

ALLBUS 1991 (Baseline-Studie)		ALLBUS 1992		ALLBUS 1994	
Alle erwachsenen Personen (Deutsche und Ausländer), die in der Bundesrepublik Deutschland (West und Ost) in Privathaushalten wohnen. Ausländische Personen wurden nur dann befragt, wenn das Interview in deutscher Sprache durchgeführt werden konnte.					
Getrennte Stichproben für Westdeutschland (incl. West-Berlin) und Ostdeutschland (incl. Ost-Berlin)					
Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in drei Stufen:				Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in zwei Stufen:	
1. Stufe: zufällig ausgewählte Stimmbezirke/Sample-Points				1. Stufe: zufällig ausgewählte Gemeinden/Sample-Points	
West 314 Stimmbezirke als geschichtete Zufallsauswahl aus den Infratest zur Verfügung stehenden 3.500 Stimmbezirken der ADM-Hauptstichprobe	Ost 408 Sample-Points aus dem Infratest-Mastersample von Gemeinden	West 504 Stimmbezirke als geschichtete Zufallsauswahl aus den Infratest zur Verfügung stehenden 3.500 Stimmbezirken der ADM-Hauptstichprobe	Ost 297 Sample-Points aus dem Infratest-Mastersample von Gemeinden	West 104 Gemeinden mit 111 Sample-Points	Ost 47 Gemeinden mit 51 Sample-Points
2. Stufe: zufällig ausgewählte Haushalte in den Stimmbezirken/Sample-Points Random Route				2. Stufe: Zufallsauswahl von Personen aus den Einwohnermelderegistern aus den zur Grundgesamtheit des ALLBUS zählenden Einwohnern der Gemeinden	
3. Stufe: Zufallsauswahl jeweils einer Befragungsperson aus den zur Grundgesamtheit zählenden Haushaltsmitgliedern					
West N=2.900 N=2.875 N=1.514 37	Ost N=2.720 N=2.712 N=1.544 4	West N=4.650 N=4.625 N=2.400 77	Ost N=2.100 N=2.100 N=1.148 7	West N=4.440 N=4.402 N=2.342 153	Ost N=2.040 N=2.007 N=1.108 3
24.5.1991-10.7.1991	24.5.1991-17.7.1991	2.5.1992-17.6.1992	11.5.1992-17.6.1992	3.2.1994-18.5.1994	3.2.1994-21.4.1994
Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen und schriftliche Befragung als „drop-off“					
Infratest		Infratest		Infratest	

3 Das Fragenprogramm des ALLBUS/ISSP 1996

3.1 Allgemeiner Überblick

Das Fragenprogramm des ALLBUS 1996 enthält zum einen Fragen im Rahmen des neuen ALLBUS-Schwerpunktthemas 'Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland', zum anderen neben einem ausführlichen Demographieteil Fragen aus verschiedenen Themenbereichen, die bereits Bestandteil früherer Erhebungen waren und die deshalb insbesondere der Untersuchung des sozialen Wandels dienen. Thema des ISSP, das wie immer als schriftlicher drop-off zum persönlich-mündlichen ALLBUS-Interview durchgeführt wurde, waren - bereits zum dritten Mal nach 1985 und 1990 - Einstellungen zu Staat und Regierung.

Innerhalb des insgesamt ca. 50 Minuten umfassenden Fragenprogramms des ALLBUS nimmt das Schwerpunktthema mit etwa 20 Minuten breiten Raum ein. Daneben beanspruchten die ALLBUS-Replikationsfragen und die demographischen Informationen jeweils ungefähr 15 Minuten der Befragungszeit. Für den vom Befragten selbst auszufüllenden ISSP-Teil wurden ebenfalls ca. 15 Minuten veranschlagt. Im folgenden wird das Fragenprogramm getrennt für diese vier Bereiche im einzelnen erläutert.

3.2 Schwerpunktthema 'Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland'

3.2.1 Relevanz des Themas und Überblick

Schon seit längerem wurde als mögliches Schwerpunktthema für den ALLBUS der Bereich 'Ausländerfeindlichkeit' diskutiert. Auch in der 1993 unter den Nutzern des ALLBUS durchgeführten Umfrage (vgl. Trometer 1993) wurde mehrfach der Wunsch nach einer stärkeren Berücksichtigung dieses Themenbereichs geäußert. Dieser Wunsch steht sicherlich in Zusammenhang mit der wachsenden gesellschaftspolitischen Bedeutung des Problemfelds.

Migration bzw. Immigration ist ein zentrales Phänomen der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung Westeuropas. In Deutschland stand diese Frage insbesondere in Zusammenhang mit der Asyldebatte der letzten Jahre im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Aber auch die Diskrepanz zwischen dem ursprünglich politisch geplanten 'Gastarbeiterstatus' der

Arbeitsmigranten und ihrem faktischen Bleiben als Einwanderer wurde immer offensichtlicher, wobei in diesem Zusammenhang die Problematik des auf einer ethnischen Definition des Nationalstaats als Abstammungsgemeinschaft beruhenden deutschen Staatsbürgerschaftsrechts verstärkt diskutiert wird. Außerdem werden infolge der Krise des Sozialstaats und der wirtschaftlichen Probleme vermehrt Verteilungskonflikte zwischen einheimischer Bevölkerung und Immigranten in der öffentlichen Diskussion thematisiert. Nicht zuletzt erhält das Thema besondere Brisanz durch die ausländerfeindlich motivierten Gewalttaten der vergangenen Jahre.

Zielsetzung des Schwerpunkts ist es, zum Verständnis der Probleme im Bereich der interethnischen Beziehungen in Deutschland beizutragen, indem die Einstellungen der Deutschen gegenüber verschiedenen ethnischen Gruppen möglichst umfassend in ihren verschiedenen Dimensionen abgebildet werden und die Überprüfung verschiedener Erklärungsansätze für diese Einstellungen ermöglicht wird.¹ Das Fragenprogramm umfaßt als abhängige Variablen vor allem Indikatoren für Wahrnehmungen, Überzeugungen und Vorurteile, für soziale Distanz sowie für Einstellungen zu Diskriminierung und antidiskriminierenden Maßnahmen, als unabhängige Variablen vor allem Indikatoren für wichtige Persönlichkeitsmerkmale bzw. Grundüberzeugungen, für die faktische und subjektiv wahrgenommene Konkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern sowie für allgemeine Unzufriedenheiten und subjektive Deprivation (vgl. Übersicht 2).

¹ Statt dieser Messung der Einstellungen der Majorität gegenüber der Minorität bzw. den Minoritäten wäre prinzipiell auch die Messung der bestehenden Ungleichheit zwischen Deutschen und Ausländern sowie der Assimilation und Integration der Minderheiten eine vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Untersuchung des sozialen Wandels interessante Herangehensweise an das Problemfeld 'Interethnische Beziehungen' gewesen. Trotz der seit 1991 realisierten Einbeziehung der Ausländer in die Grundgesamtheit der Umfrage war jedoch eine Konzentration auf diese Fragestellung im Rahmen der regulären Vorgehensweise des ALLBUS wenig sinnvoll. Bei einem Ausländeranteil von im Westen ca. 10% und im Osten ca. 1,5% war maximal mit einer Zahl von 240 bzw. 17 Ausländern in den beiden Teilstichproben des ALLBUS zu rechnen. Eine zusätzliche Einschränkung ergab sich daraus, daß die ALLBUS-Interviews ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt werden und deshalb nur Ausländer mit ausreichenden Deutschkenntnissen befragt werden können. Um dennoch Vergleiche zwischen Majorität und Minorität zu ermöglichen, wurden die Fragen, wo immer möglich, so formuliert, daß sie auch von den ausländischen Befragten zu beantworten waren.

Übersicht 2: Überblick über die Fragen des Themenschwerpunkts 'Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland'

Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland

Wahrnehmungen:

- Wahrnehmung der Anwesenheit von Ausländern (F30, F31)
- Wahrgenommene Andersartigkeit des Lebensstils verschiedener ethnischer Gruppen (F37)
- Wahrnehmung von Diskriminierung in unterschiedlichen Kontexten (F23, F26)
- Einschätzung des Meinungsklimas hinsichtlich der Diskriminierung von Ausländern (F25)

Fremdenfeindliche Überzeugungen und Vorurteile:

- Wahrgenommene Konsequenzen der Ausländeranwesenheit (F22, F21C)
- Antisemitische Vorurteile und Stereotype (F41)

Soziale Distanz:

- Nachbarschaft verschiedener ethnischer Gruppen unangenehm (F39)
- Einheirat verschiedener ethnischer Gruppen unangenehm (F40)
- normativ auch: F17D

Einstellungen zur rechtlichen Gleichstellung:

- Einstellungen zur prinzipiellen rechtlichen Gleichstellung verschiedener ethnischer Gruppen (F40)
- Einstellungen zum Zuzug verschiedener Personengruppen (F9)
- Einstellungen zu konkreten Rechten und anti-diskriminierenden Maßnahmen (F17C, F28, F29)
- Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Einbürgerungsvoraussetzungen (F27)

Sonstige diskriminierende Einstellungen:

- diverse Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern (F17)
- Moralische Bewertung von Diskriminierung in unterschiedlichen Kontexten (F24)

Fortsetzung Übersicht 2:

Mögliche Determinanten der Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen

Persönlichkeitsfaktoren:

- Autoritarismus (F21A und B, F4)
- Anomie (F5)
- Patriotismus (F20, F19)

Konkurrenz:

- Ausländeranteil im Kreis (zugespielter Regionalindikator, siehe Abschnitt 3.5.2)
- Merkmale der eigenen sozio-ökonomischen Position bzw. der des (Ehe)Partners (siehe Standarddemographie)
- Furcht vor Arbeitslosigkeit/Verlust der beruflichen Existenz (S7, S9)
- subjektive Sicht des Bedrohungspotentials der Ausländer (siehe oben bei 'Überzeugungen und Vorurteile': vor allem F22 sowie bei 'Wahrnehmungen': vor allem F30)

Allgemeine Unzufriedenheit/Relative Deprivation:

- Gerechter Anteil (F8)
- Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung (F35, F36)
- Funktionieren des demokratischen Systems (ISSP, Frage 15)

Kontakte mit Fremdgruppen:

- Kontakte in verschiedenen Kontexten (F18)
- Staatsbürgerschaft (Ehe)Partner (S22 und S24, S34 und S36)
- Herkunftsländer (Groß)Eltern (S43)

Die im ALLBUS 1996 gewählte Herangehensweise zur Erfassung der Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen folgt der klassischen Unterteilung zwischen Vorurteil und Diskriminierung (Allport 1954), indem zum einen kognitive und affektive Aspekte der Fremdenfeindlichkeit, zum anderen konative, handlungsbezogene Aspekte betrachtet werden.

Unter Vorurteilen werden im allgemeinen negative, auf fehlerhaften Verallgemeinerungen beruhende Einstellungen gegenüber Personen und Gruppen verstanden, die sich zudem durch Änderungsresistenz gegenüber Argumenten und Erfahrungen auszeichnen und stark emotional geladen sind (vgl. Heckmann 1981: 74, zum aktuellen Stand der Forschung Brown 1995). Dabei lassen sich zwei Komponenten unterscheiden: Überzeugungen auf der kognitiven Ebene und Gefühle auf der affektiven Ebene. Die Überzeugungen können sich zum einen auf die den verschiedenen Gruppen zugeschriebenen Eigenschaften beziehen, aber auch auf ihre Rolle als Verursacher gesellschaftlicher Probleme und/oder als Konkurrenten z.B. auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt (Jäger 1995, S.114). Im ALLBUS 1996 liegt der Schwerpunkt auf dem letzteren Aspekt fremdenfeindlicher Überzeugungen, während die beiden anderen Bereiche, die zugeschriebenen Eigenschaften und die Gefühle, nur in geringem Maße abgedeckt werden.

Im Bereich der Diskriminierung werden Unterstützung oder Ablehnung von antidiskriminierenden Maßnahmen und Einstellungen zu rechtlichen Regelungen erfaßt. Neben dieser Diskriminierung auf der gesellschaftlichen Ebene werden aber auch Einstellungen zu individuellen diskriminierenden Akten erhoben. Noch etwas direkter auf die persönliche Diskriminierungsbereitschaft zielen einige Fragen zur sozialen Distanz gegenüber verschiedenen ethnischen Gruppen.

Relativ breiten Raum nimmt außerdem die Erfassung der Wahrnehmung der faktischen Situation ein, sowohl was die Anzahl der hier lebenden Ausländer als auch was ihre Behandlung durch die Deutschen und das perzipierte Meinungsklima betrifft. Es ist anzunehmen, daß solche Situationseinschätzungen eine wichtige Rolle als intervenierende Variablen zwischen den kausal vorgeschalteten Faktoren, seien es sozialstrukturelle Faktoren, Persönlichkeitsmerkmale oder allgemeine Grundüberzeugungen, und den zu erklärenden Einstellungen spielen.

Was die Determinanten der untersuchten Einstellungen angeht, so gibt es bislang keinen integrierten multidimensionalen Ansatz zur Erklärung der Fremdenfeindlichkeit, auf den zurückgegriffen werden konnte. Generell lassen sich zwei Hauptargumentationsrichtungen unterscheiden, die personenbezogene und die strukturbezogene (vgl. Jäger 1995, S.47ff.). Beispiele für personenbezogene Argumentationen sind etwa Ansätze, die - wie die Theorie der autoritären Persönlichkeit (vgl. Adorno et al. 1950) - auf die unterschiedliche Empfänglichkeit verschiedener Persönlichkeitstypen für vorurteilshafte Einstellungen und Denkmuster verweisen, oder auch Ansätze, die die Bedeutung der individuellen Sozialisationsgeschichte - und damit zum Beispiel auch des formalen Bildungsniveaus - betonen (vgl. z.B. Jackman/Muha 1984). Strukturbezogene Argumentationen verstehen demgegenüber 'Vorurteile und Diskriminierung als Waffen im Konflikt zwischen Gruppen' (vgl. das gleichnamige Kapitel 3 in Simpson/Yinger 1985). Aus der Sicht dieser Ansätze spielen kontextuelle Bedingungen, wie z.B. Krisensituationen, die zu einer Verknappung der Ressourcen führen und damit die Konkurrenz zwischen Eigen- und Fremdgruppe verschärfen, eine wichtige Rolle.

Um beiden Erklärungsversuchen Rechnung zu tragen, sind im ALLBUS 1996 Indikatoren sowohl für sozialpsychologische als auch für konflikttheoretische Konzepte im Fragenprogramm enthalten. Zu den ersteren gehören vor allem Autoritarismus-, Patriotismus- und Anomia-Indikatoren, zu letzteren insbesondere Indikatoren für das Ausmaß der faktischen und wahrgenommenen Konkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern und Indikatoren für die individuelle Betroffenheit des Befragten von dieser Konkurrenz.¹

3.2.2 Konstruktion des Fragenprogramms

Die Fragen zum Thema „Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland“ beruhen in großen Teilen auf einem Vorschlag, den Prof. Richard Alba von der State University of New York in Albany für den ALLBUS entwickelt hat. Wichtige Anregungen und Hinweise zur Gestaltung des Fragenprogramms erhielten wir auch durch ein im Januar

¹ Diese Schwerpunktsetzungen des Fragenprogramms haben teils inhaltlich-theoretische, teils erhebungstechnisch-praktische Gründe. Was die weitgehend fehlenden Verhaltensdaten angeht, so hängt dies insbesondere damit zusammen, daß Fragen nach Form und Inhalt von Kontakten mit Ausländern, nach eigenem diskriminierenden Handeln, Teilnahme an ausländerfreundlichen oder -feindlichen Aktionen, usw. eine zu aufwendige Erfassung der entsprechenden Gelegenheitsstrukturen erfordert hätte. Insbesondere in Ostdeutschland wären überdies entsprechende Fragen wegen der mangelnden Gelegenheiten aufgrund der sehr geringen Ausländerdichte sinnlos gewesen.

1995 durchgeführtes eintägiges Symposium, in dem in- und ausländische Experten diesen Fragenvorschlag diskutierten.¹

Nach den von Richard Alba in seinem Vorschlag für den Themenschwerpunkt (Alba 1994) formulierten allgemeinen Gestaltungsprinzipien sollte das Fragenprogramm zum einen Fragen beinhalten, die den aus ihrer unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Situation resultierenden Unterschieden zwischen ethnischen Gruppen gerecht werden. Zum anderen weist Alba darauf hin, daß zeitreihenfähige Fragen entwickelt werden sollten, aber gleichzeitig auch Fragen, deren Resultate für die öffentliche Diskussion aktueller Probleme von Interesse sein können. Und schließlich sollten auch Fragen enthalten sein, die Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Studien eröffnen.

Zwei weitere Aspekte, die bei der Entwicklung des Fragenprogramms eine Rolle spielten, waren die Balance zwischen 'ausländerfreundlichen' und 'ausländerfeindlichen' Formulierungen und das Problem der sozialen Erwünschtheit.

Bei der Konstruktion des Fragenprogramms wurde Wert darauf gelegt, daß balancierte Skalen zur Messung der Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland formuliert wurden, d.h. daß möglichst auch Items bzw. Antwortalternativen formuliert wurden, die eine positive Sicht der Fremdgruppen widerspiegeln. Zum einen erschien dies aus ethischen Gründen wünschenswert, da die Fragen größtenteils auch von den ausländischen Befragten des ALLBUS zu beantworten waren und diese nicht beleidigt werden sollten. Zum anderen sollte auf diese Weise verhindert werden, daß den Befragten ein bestimmtes Bild von der Welt und/oder der Meinung des Forschers vermittelt wird. Zumindest bei Befragten oder auch Interviewern mit geringer Attitudenstärke können einseitige Frageninhalte eine derartige informative Funktion haben und damit das Antwortverhalten beeinflussen (vgl. das Fallbeispiel von Billiet&Carton 1995). Schließlich erhofften wir uns von einer Verwendung balancierter Frageformen auch eine bessere Erfassung subtilerer Formen der Fremdenfeindlichkeit, die sich nach Pettigrew/Meertens (1995) unter anderem durch das Fehlen positiver Emotionen gegenüber Fremdgruppen auszeichnen. Auch in anderen sozialpsychologischen Studien (z.B. Gärtner/McLaughlin 1983) zeigte sich, daß Eigen- und Fremdgruppe vor allem in Hinblick auf positive Attribute unterschiedlich bewertet wurden, getreu dem Motto 'Blacks

¹ Neben den Mitgliedern des ALLBUS-Ausschusses nahmen an diesem Symposium teil: Herr Prof. Alba, Herr Blank, Herr Bosswick, Herr Dr. Hoffmeyer-Zlotnik, Herr Prof. Scheepers, Frau Dr. Westle, Herr Prof. Ziegler

are not worse, but whites are better' (Dovidio et al. 1989, S.88; zitiert nach Pettigrew/Meertens 1995).

Dies dürfte auch zusammenhängen mit dem Problem der sozialen Erwünschtheit von Antworten, dem bei der Entwicklung des Fragenprogramms besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden mußte. Egalitäre Überzeugungen und die Norm der Vorurteilslosigkeit sind in modernen Gesellschaften weit verbreitet. Das „politisch korrekte“ Individuum lehnt daher Vorurteile und Diskriminierung ab. Vor diesem Hintergrund wird auch die geringere Diskriminierungsneigung gebildeter Bevölkerungsgruppen mitunter auf deren bessere Kenntnis der entsprechenden Normen zurückgeführt, die sie die 'richtige' Antwort wählen läßt, ohne daß dies auch eine entsprechende Verinnerlichung dieser Normen bedeuten müßte (vgl. Jackman 1973, Jackman /Muha 1984). Um diesem Problem Rechnung zu tragen, wurden zum einen mitunter 'Köderitems' im Fragebogen plaziert, die dem Befragten billige Wege eröffnen, sich selbst als vorurteilsfrei darzustellen. Dabei handelt es sich um Items, die im Pretest eine schiefe Verteilung in Richtung auf fehlende Fremdenfeindlichkeit aufwiesen. Zudem spricht einiges dafür, daß es sich bei der oben beschriebenen subtilen Fremdenfeindlichkeit, für die wir einige Indikatoren im Fragenprogramm haben, um nichts anderes als um die versteckte Fremdenfeindlichkeit der „politisch korrekten“ Befragten handelt. Davon abgesehen haben wir uns bei der Auswahl von Fragen, die nicht zu stark sozial erwünschte Antworten nahelegen, auf die Pretestergebnisse und dabei vor allem auf die Berichte der Interviewer über Reaktionen der Befragten auf die einzelnen Fragen verlassen.

Die Fragen des Themenschwerpunkts bilden im Fragebogen zwei Blöcke. Im ersten Block wird nach generellen Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern gefragt. Im zweiten Block wird nach Einstellungen gegenüber einzelnen ethnischen Gruppen gefragt, um - wie bereits in den obigen Prinzipien erwähnt - die aus der unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Situation dieser Gruppen erwachsenden Unterschiede abzubilden.

Bei den differenzierten Fragen werden dabei die folgenden Gruppen unterschieden: Italiener, Türken, Asylbewerber, deutschstämmige Aussiedler und Juden. Die zentralen Merkmale für 'ethnische Gruppen' - Glaube an eine gemeinsame Herkunft, Gemeinsamkeiten von Kultur und Geschichte sowie Elemente eines Identitäts- und Zusammengehörigkeitsbewußtseins - (vgl. Heckmann 1992) treffen dabei nicht auf alle Gruppen gleichermaßen zu.

Echte ethnische Gruppen nach obiger Definition sind die in Deutschland lebenden Gastarbeiterpopulationen. Bei den differenzierten Fragen haben wir die beiden quantitativ bedeutsamen ‘Gastarbeiter’gruppen der Italiener und der Türken berücksichtigt, die Türken als insbesondere durch die Religionszugehörigkeit kulturell ‘fremde’ und durch die fehlende EU-Mitgliedschaft rechtlich benachteiligte Gruppe, die Italiener als EU-Bürger mit geringerer ‘Kulturdivergenz’. Beiden ist gemeinsam, daß sie im Gegensatz zu den anderen oben erläuterten Immigrantengruppen im allgemeinen schon länger in Deutschland sind, viele schon in der zweiten Generation.

Einen Sonderfall der ethnischen Gruppen in Deutschland stellen die Juden dar. Die in Deutschland lebenden Juden dürften in ihrer überwältigenden Mehrheit deutsche Staatsbürger sein, gleichwohl entsprechen sie mit ihrer Überzeugung einer gemeinsamen Herkunft, ihrer eigenen Geschichte und Kultur sowie ihrem Wir-Gefühl der obigen Definition einer ethnischen Gruppe.

‘Deutschstämmige Aussiedler’ und insbesondere ‘Asylbewerber’ sind Kategorien, die jeweils mehrere mit einer solchen eigenen kulturellen und sozialpsychischen Identität und Geschichte ausgestattete Bevölkerungsgruppen umfassen. Aus der Sicht der Majorität stellen allerdings beide Immigrantengruppen jeweils ein nahezu homogenes, durch den rechtlichen Status und den Zuwanderungsmodus definiertes Einstellungsobjekt dar. Lediglich bei den Asylbewerbern wird in der öffentlichen Meinung häufig zwischen ‘wirklich politisch Verfolgten’ und ‘Wirtschafts- oder Armutsflüchtlingen’ unterschieden. Die Einschätzung, ob die Asylbewerber mehrheitlich der einen oder der anderen Gruppe angehören, bestimmt hier dann die Einstellung gegenüber den Asylbewerbern insgesamt.¹

Zur Entwicklung des Fragenprogramms wurden verschiedene Pretests durchgeführt, die zu einigen Veränderungen an der Konzeption des Fragenprogramms führten. Dies betraf insbesondere den Stellenwert der Stereotype im Fragenprogramm.

¹Gegen eine Präzisierung der allgemeinen Begriffe ‘deutschstämmige Aussiedler’ und ‘Asylbewerber’ durch konkrete Beispiele sprach zum einen, daß daraus eine starke Einigung auf bestimmte Nationalitäten resultieren würde, die bei einer zukünftigen Veränderung in den Herkunftsnationen zum Abbruch der Zeitreihe führen könnte. Zum anderen legte die angestrebte Parallelität zur replizierten ALLBUS-Zuzugsfrage die allgemeinen Begriffe nahe.

Im Gegensatz zum tatsächlich in der Haupterhebung realisierten Fragenprogramm war zunächst eine stärkere Gewichtung des kognitiven Aspekts der Vorurteile geplant, konkret eine Erhebung der den einzelnen ethnischen Gruppen von der Majorität zugeschriebenen Eigenschaften, ihrer 'ethnic images', wie es zum Beispiel im amerikanischen General Social Survey der Fall ist. Wie im GSS sollten den Befragten mehrere Eigenschaftspaare (z.B. faul-fleißig) mit einer siebenstufigen Skala vorgegeben werden, anhand derer sie angeben sollten, ob die Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen im allgemeinen eher die eine (z.B. faul) oder die andere (z.B. fleißig) Eigenschaft besitzen. Indem man auch für die Eigengruppe diese Eigenschaftsratings vornehmen läßt, hat man die Möglichkeit, jeweils die Differenzen zwischen der Eigengruppenbewertung und der Fremdgruppenbewertung zu bilden. Addiert man diese Differenzen über alle Eigenschaften, erhält man zudem jeweils einen Gesamt-'Image'-Wert für die einzelnen Gruppen. Dieser Wert - oder auch einzelne Differenzen - können als unabhängige Variablen, zum Beispiel zur Erklärung diskriminierender Einstellungen oder der sozialen Distanz, herangezogen werden (vgl. Smith 1990).

Zur Auswahl zentraler und typischer Stereotype für die im ALLBUS-Schwerpunkt berücksichtigten ethnischen bzw. Migrantengruppen wurden in einem Pretest 20 Eigenschaften als paired traits mit sieben Stufen 20 nach Quoten ausgewählten Befragten vorgelegt. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Pretests wurden sieben Eigenschaften für den eigentlichen Pretest mit 50 nach einem Zufallsverfahren ausgewählten Befragten bestimmt, und zwar 'arm-reich', 'fleißig-faul', 'überheblich-bescheiden', 'ziehen es vor, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen - ziehen es vor, von Sozialhilfe zu leben', 'modern-altmodisch', 'ordentlich-unordentlich', 'neigen zu kriminellen Handlungen - neigen nicht zu kriminellen Handlungen'. Diese Eigenschaften wurden berücksichtigt, weil sich in ihnen mindestens eine der Fremdgruppen deutlich von den Deutschen unterschied und sie eine deutlich wertende Komponente enthielten (mit Ausnahme des Einstiegsitems 'arm-reich'). Um Möglichkeiten des internationalen Vergleichs zu eröffnen, wurden im Zweifelsfall, bei inhaltlich ähnlichen 'Kandidaten', die GSS-Items bevorzugt.

In beiden Pretests gab es jedoch von seiten der Befragten starke Widerstände gegen die Frage nach solchen Stereotypen. Abgesehen von einigen Problemen wegen der Heterogenität einzelner ethnischer Gruppen war es vor allem die prinzipielle Art der Fragestellung, die auf Ablehnung stieß. Entsprechende Kommentare („Das kann man doch so pauschal nicht sa-

gen“, „Das sind ja Vorurteile“) und sogar zwei Interviewabbrüche belegen, daß viele Befragte die Frage als tendenziös und klischeehaft empfanden.

In Simulationsexperimenten, bei denen aus den sieben Eigenschaften des Pretests jeweils vier - die in der Haupterhebung aufgrund der Zeitrestriktionen maximal mögliche Anzahl - ausgewählt wurden, erwies sich zudem die Rangreihung der einzelnen Gruppen nach dem Gesamt-Image-Wert als äußerst instabil. So wurden z.B. bei Berücksichtigung der Eigenschaften 'faul', 'überheblich', 'Sozialhilfebezieher' und 'kriminell' drei der fünf Fremdgruppen sogar positiver als die Deutschen eingeschätzt, wobei die Aussiedler am positivsten und die Türken am zweitpositivsten bewertet wurden. Berücksichtigte man statt 'überheblich-bescheiden' das Eigenschaftspaar 'ordentlich-unordentlich', hatten alle Gruppen einen schlechteren Wert als die Deutschen, wobei jetzt die Juden am positivsten gesehen wurden. Darüber hinaus variierten auch die Korrelationen der auf der Basis der ausgewählten Eigenschaften gewonnenen Indexwerte mit Maßen der sozialen Distanz und der Diskriminierung erheblich. Dies machte deutlich, wie leicht hier durch willkürliche Auswahl Ergebnisse zu manipulieren sind.

Die Ergebnisse des Pretests zeigen die Schwierigkeiten, die auftreten, wenn mit wenigen Eigenschaftsratings reliable stereotype Bilder verschiedener ethnischer Gruppen erfaßt werden sollen. Dafür sind solche 'ethnic images' in der Realität zu diffus und zum Teil widersprüchlich, da sowohl positive als auch negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Außerdem erhält man durch ein einfaches Eigenschaftsrating weder Hinweise auf die affektive Besetzung der einzelnen Stereotype - ein fauler Franzose ist ein beneideter Lebenskünstler, aber ein fauler Pole? - noch auf ihre Zentralität für den einzelnen Befragten. Da es nicht möglich war, die 'ethnic images' in der gebotenen Ausführlichkeit zu erheben, und angesichts der teilweise stark ablehnenden Reaktion der Pretestbefragten haben wir in der Haupterhebung auf die Erfassung einzelner konkreter Stereotype verzichtet und stattdessen nur nach dem generellen 'Anderssein' der verschiedenen ethnischen Gruppen gefragt (F37, vgl. Abschnitt 3.2.4.1).

3.2.3 ALLBUS-Replikationsfragen zum Schwerpunktthema

Bereits in der Vergangenheit waren - außerhalb eines entsprechenden Schwerpunkts - Fragen zum Thema 'Ausländer' Bestandteil von ALLBUS-Erhebungen. Regelmäßig repliziert und häufig genutzt wurden vor allem die sog. 'Gastarbeiterfragen'. Diese umfassen zum einen vier Einstellungsitems, bei denen das Ausmaß der Zustimmung zu verschiedenen diskriminierenden Aussagen über Gastarbeiter gemessen wird. Ein Item beinhaltet dabei eine eher allgemeine und schwache Forderung nach „ein bißchen“ Anpassung des Lebensstils, während sich die anderen drei Items auf Diskriminierungen in spezifischen sozialen Handlungsfeldern beziehen - im Arbeitsbereich, im Bereich der politischen Partizipation und im privaten Bereich. Zum anderen gehören hierzu vier Fragen nach Kontakten in verschiedenen Lebensbereichen - in der Familie/Verwandtschaft, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, im Freundes-/Bekanntenkreis.

Die vier Einstellungsitems (vgl. Übersicht 3) sollen dabei nicht nur Operationalisierungen einzelner spezifischer Meinungen darstellen, sondern als multiple Indikatoren einer generellen Einstellung eine Skala zur Messung der Fremdenfeindlichkeit bilden (vgl. ZUMA/IZ 1983 sowie die Diskussion zwischen Jagodzinski et al. 1987, 1988, 1990 und Saris/van den Putte 1988 bzw. Saris/Hartman 1990 darüber, ob diesen Items eher ein 'true-score-model' oder ein 'factor-model' gerecht wird). Die Kontakte sollten ursprünglich in erster Linie als mögliche Determinanten der Einstellungen erfaßt werden (vgl. Krauth/Porst 1984), wobei natürlich auch umgekehrt Effekte der Einstellungen auf die freiwilligen Kontakte möglich sind.

In den Jahren 1980, 1984, 1988 und 1990 wurde nach Einstellungen zu bzw. Kontakten mit 'Gastarbeitern' gefragt. 1994 wurden die Fragen einer Hälfte der Befragten mit dieser alten Formulierung gestellt, der anderen Hälfte mit der neuen Formulierung 'in Deutschland lebende Ausländer' (vgl. Übersicht 3). Die Verwendung zweier Splitversionen sollte den 1996 erfolgten Umstieg auf die reformulierte Fassung erleichtern, der aufgrund der wachsenden Kritik an der alten 'Gastarbeiter'-Formulierung notwendig wurde.

Übersicht 3: Einstellungen und Kontakte zu Gastarbeitern bzw. in Deutschland lebenden Ausländern (in %)

Items	West					Ost
	1980	1984	1988	1990	1994	1994
<i>Einstellungstems</i>						
Anteil Zustimmung Skalenwerte 5-7						
„Gastarbeiter sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen.“	65,2	60,2	56,5	51,1	47,4	45,6
„Die in Deutschland lebenden Ausländer...“					44,5	53,0
„Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückschicken.“	51,9	42,0	35,9	30,6	21,7	31,6
„...die in Deutschland lebenden Ausländer...“					20,1	29,9
„Man sollte Gastarbeitern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.“	50,8	46,8	37,8	35,5	28,9	24,0
„...den in Deutschland lebenden Ausländern...“					30,6	30,6
„Gastarbeiter sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.“	44,1	33,8	32,7	24,1	17,5	22,1
„Die in Deutschland lebenden Ausländer...“					16,1	28,2
<i>Kontaktitems</i>						
Anteil 'ja'						
„Haben sie persönlich Kontakte zu Gastarbeitern oder zu deren Familien/zu in Deutschland lebenden Ausländern, und zwar...“						
„...in Ihrer Familie oder näheren Verwandtschaft?“						
Gastarbeiter	5,3	6,3	7,3	10,9	12,4	2,7
Ausländer					20,3	6,5
„...an Ihrem Arbeitsplatz?“						
Gastarbeiter	22,9	25,5	23,6	34,4	39,0	10,0
Ausländer					44,6	15,4
„...in Ihrer Nachbarschaft?“						
Gastarbeiter	19,7	22,5	27,6	27,6	25,8	3,1
Ausländer					37,6	5,7
„...in Ihrem sonstigen Freundes- oder Bekanntenkreis?“						
Gastarbeiter	14,7	22,3	24,6	31,2	37,9	10,5
Ausländer					47,9	15,4

Der Begriff 'Gastarbeiter' wurde in jüngster Vergangenheit zunehmend als nicht mehr zeitgemäß empfunden. Er impliziert mit seinen Begriffskomponenten 'Gast' und 'Arbeiter' eine Verengung des Einstellungsobjekts auf Personen in bestimmten Statuspositionen und mit vorübergehender Aufenthaltsdauer, die nicht nur schon an sich diskriminierende Züge aufweist, sondern vor allem auch den gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr gerecht wird. Die ehemaligen Gastarbeiter sind inzwischen schon zum Teil in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland, Asylbewerber und Aussiedler rückten in den letzten Jahren als neue Zuwanderergruppen verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Damit erschien es immer weniger angebracht, mit Hilfe einer Skala, die den Gastarbeiterbegriff verwendet, das Ausmaß der generellen Fremdenfeindlichkeit in Deutschland abzubilden.

Wie man in Übersicht 3 sieht, hat im Laufe der Zeit die Zustimmung zu den diskriminierenden Aussagen abgenommen, während gleichzeitig die Zahl der berichteten Kontakte zunahm. Was die Formulierungsänderung betrifft, hat sie bei den Einstellungsitems kaum zu Änderungen im Antwortverhalten geführt. Die zu beobachtende recht deutliche Zunahme der berichteten Kontakte deutet jedoch zugleich darauf hin, daß in der Tat die Bezugsgruppe durch die neue Formulierung erweitert wurde. Da entsprechende Analysen (vgl. Blank/Wasmer 1996) zudem die strukturelle Äquivalenz - sowohl intern als auch bei Einführung externer Kriterien - der Einstellungsskalen mit den unterschiedlichen Formulierungen belegen, stand dem endgültigen Umstieg auf die neue Formulierung „in Deutschland lebende Ausländer“ 1996 nichts im Wege.

Angesichts der starken Nutzung dieser Fragen und der inzwischen bestehenden relativ langen Zeitreihe war die Replikation dieser Fragen unumstritten. Auf einige Einschränkungen ist jedoch hinzuweisen. So wird mit diesen Items nur eine bestimmte Form der Fremdenfeindlichkeit erfaßt, nämlich die Sichtweise, daß Ausländer als vorübergehende Arbeitskräfte außerhalb der deutschen Gesellschaft und ihrer Rechte stehen. Dies wird der augenblicklichen komplexeren Situation nicht mehr gerecht (vgl. zu dieser Kritik Alba 1994). Der dadurch bestehende Ergänzungsbedarf wird durch die anderen Fragen des Schwerpunkts gedeckt. Bei den Kontaktfragen besteht das Hauptmanko darin, daß unklar bleibt, mit welchen Ausländergruppen Kontakte bestehen und welche Intensität diese Kontakte haben. Dennoch erscheinen sie nach wie vor als Grobindikatoren brauchbar.¹

¹ Auf eine Vertiefung bei der Erfassung der Kontakte haben wir vor allem aufgrund der geringen Ausländerdichte im Osten Deutschlands und der daraus resultierenden fehlenden Gelegenheitsstruktur für Kontakte verzichtet.

Repliziert wurde außerdem die Zuzugsfrage, die bereits in den drei Studien von 1990 bis 1992 Bestandteil des ALLBUS war. Mit ihr wird erfragt, ob der Zuzug verschiedener Personengruppen (Aussiedler aus Osteuropa, Asylsuchende, Arbeitnehmer aus der Europäischen Union, Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten) nach Deutschland uneingeschränkt möglich bzw. beschränkt oder völlig unterbunden werden sollte.

Die Zuzugsfrage paßt sehr gut in das Gesamtkonzept des Schwerpunkts, in dem Wert auf eine differenzierte Betrachtung verschiedener ethnischer Gruppen gelegt wird. Verknüpfungsmöglichkeiten mit den neuen Fragen, in denen weitere Dimensionen diskriminierender Einstellungen erhoben werden, sind dadurch gegeben, daß die jeweils aufgeführten Gruppen zwar - außer bei den Aussiedlern - nicht identisch, aber doch weitgehend vergleichbar sind (Asylsuchende - Asylbewerber, Arbeitnehmer aus der Europäischen Union (EU) - Italiener, Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten, z.B. Türken - Türken). Eine völlige Angleichung der Gruppen war aus verschiedenen Gründen nicht möglich. So hätte eine Veränderung der Gruppen, nach denen in der Zuzugsfrage gefragt wird, die bestehende Zeitreihe gefährdet. Die Übernahme der Formulierungen in der Zuzugsfrage für die neuen - teilweise stärker den persönlichen Bereich betreffenden - Fragen erschien aufgrund der besonderen Betonung des rechtlichen Aspekts in der Zuzugsfrage unpassend.

3.2.4 Neuformulierungen und ALLBUS-externe Replikationsfragen

3.2.4.1 Wahrnehmungen und Überzeugungen

Die fünf Fragen bzw. Itembatterien dieses Blocks befassen sich - nach der Unterscheidung von Allport (1954) zwischen Vorurteil und Diskriminierung - mit dem Vorurteilsaspekt fremdenfeindlicher Einstellungen, d.h. mit Wahrnehmungen und Überzeugungen.

Im ALLBUS 1996 wird mit zwei Fragen erfaßt, wie die Befragten die Anwesenheit der Ausländer in Deutschland und in ihrer eigenen Wohnumgebung wahrnehmen, also wie sichtbar die hier lebenden Ausländer für die Befragten sind. Die Frage, wieviele Ausländer in der Wohnumgebung des Befragten leben (F31), ist eine modifizierte - und zwar in den Antwortkategorien stärker differenzierte - Frage der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und

Raumordnung. Dieser subjektive Indikator soll als Ersatz für auf der kleinräumlichen Ebene fehlende objektive Indikatoren der Ausländeranwesenheit dienen. Diese Information ist wichtig als Hintergrundinformation hinsichtlich der Gelegenheitsstruktur für Kontakte, aber auch für Konkurrenzerfahrungen mit Ausländern. Böltken (1994a und b) konnte zeigen, daß die Alltagserfahrung der Anwesenheit von Ausländern und vor allem tatsächliche Kontakte in der Regel die Neigung zur Ausgrenzung von Ausländern, gemessen als Bevorzugung segregierter Nachbarschaftsverhältnisse, vermindern (vgl. aber Esser 1986, der keinen derartigen Effekt findet). Im ALLBUS 1996 stehen zur Untersuchung solcher Zusammenhänge sowohl differenzierte Kontaktfragen (F18) als auch Maße der sozialen Distanz (F38, F39) zur Verfügung.

Die zweite Frage des ALLBUS 1996 zur Perzeption der Ausländeranwesenheit (F30), in der die Befragten eine Schätzung des Ausländeranteils für West- und Ostdeutschland abgeben sollen, hat einen gänzlich anderen theoretischen Stellenwert. Sie bezieht sich nicht wie die oben erläuterte Frage nach Ausländern im Wohngebiet auf den konkret erfahrbaren Nahbereich des Befragten, sondern auf seine Wahrnehmung der gesamtgesellschaftlichen Situation. Ihre Beantwortung gibt zum einen Aufschluß über den Informationsstand des Befragten, zum anderen über den Stellenwert des Themas 'Ausländer' für ihn. Denkbar ist insbesondere, daß ausländerfeindliche Befragte die Realität verzerrt wahrnehmen und den Ausländeranteil überschätzen. In Zusammenhang mit der Sicht der Konsequenzen der Ausländeranwesenheit läßt sich so feststellen, inwieweit Ausländer als Problem wahrgenommen werden.

Die Fragebatterie F22 sowie Item C der vorausgehenden Frage 21 beinhalten verschiedene Aussagen zu möglichen positiven oder negativen Auswirkungen der Anwesenheit von Ausländern in Deutschland. Das Item zur Furcht vor Überfremdung ist von Ausländern nicht sinnvoll zu beantworten, und wurde deshalb in den vorausgehenden Block mit Fragen, die nur an deutsche Interviewteilnehmer gestellt werden, einbezogen. Der Befragte soll jeweils anhand einer siebenstufigen Skala das Ausmaß seiner Zustimmung zu den einzelnen Aussagen angeben.

Die Aussagen beziehen sich auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche, wobei der Befragte durch den Rückgriff auf Argumentationsmuster, die aus der öffentlichen Diskussion geläufig sind, zu möglichst spontanem und damit weniger stark 'zensiertem' Antwortverhalten animiert werden sollte. Jeweils zwei Aussagen beziehen sich auf positive und negative Folgen

im kulturellen Bereich - Überfremdungsgefühl (F21C) und kulturelle Bereicherung (F22C) -, auf dem Arbeitsmarkt - unangenehme Arbeit (F22A) und Arbeitsplatzkonkurrenz (F22F) - und in Bezug auf das deutsche Sozialsystem - Rentensicherung (F22E) und Belastung des Sozialsystems (F22B). Bei den beiden übrigen Bereichen, Wohnungsmarkt (F22D) und Kriminalität (F22G), war eine solche Balancierung durch positive Konsequenzen in Anbetracht der angestrebten 'Natürlichkeit' der Aussagen nicht möglich.

Bei diesen Items werden damit mehr oder weniger komplexe Realitätseinschätzungen verlangt, die einerseits das Ausmaß der subjektiv wahrgenommenen Konkurrenz zwischen Ausländern und Deutschen widerspiegeln, andererseits aber auch Rückschlüsse auf bestehende Stereotype erlauben - am eindeutigsten bei Item G, in dem direkt nach dem Bild des zur Kriminalität neigenden Ausländers gefragt wird. Aus der Frage insgesamt läßt sich ablesen, inwieweit der Befragte die augenblickliche Situation, das Vorhandensein einer überwiegend aus Arbeitsmigranten und deren Nachkommen bestehenden Ausländerbevölkerung in Deutschland, als problembehaftet ansieht.

Inwieweit der Lebensstil ausgewählter ethnischer Gruppen als verschieden von dem der Deutschen wahrgenommen wird, wird mit der Frage F37 erhoben. Hierbei werden die gleichen Gruppen unterschieden wie bei den folgenden Fragen zur sozialen Distanz und zur rechtlichen Diskriminierung. Damit wird es zum Beispiel möglich, zu überprüfen, ob bei den einzelnen Gruppen die kulturelle Fremdheit für die soziale Distanz oder für die Diskriminierungsneigung von größerer Bedeutung ist. Der Nachteil dieses Vorgehens besteht darin, daß die zum Teil nach formalen Kategorien des Zuzugsmodus gebildeten Gruppen - eine unseres Erachtens für Diskriminierungsfragen sinnvolle Unterscheidung - hier weniger gut passen. Insbesondere gilt dies für die Asylbewerber, die für eine solche Beurteilung des Lebensstils eigentlich eine zu heterogene Gruppe darstellen.

Mit der Frage kann zum einen festgestellt werden, welche Gruppen überhaupt als 'anders' und damit als mögliche Zielgruppen von Fremdenfeindlichkeit wahrgenommen werden. Darüber hinaus erscheint es plausibel anzunehmen, daß ein als stark abweichend wahrgenommener Lebensstil als kulturelle Barriere für soziale Kontakte wirkt, so daß ein positiver Zusammenhang mit den für die gleichen Gruppen erhobenen Maßen der sozialen Distanz auftreten sollte. Aber nicht nur als unabhängige Variable ist diese Frage von Bedeutung. Nach Pettigrew/Meertens (1995) ist die Überbetonung kultureller Unterschiede von Fremdgruppen

- neben dem Fehlen positiver emotionaler Reaktionen gegenüber Fremdgruppen und der Überzeugung, daß sie wichtige traditionelle Werte der Eigengruppe verletzen - bereits selbst ein Merkmal der subtileren Variante fremdenfeindlicher Einstellungen.

Frage 41 ist einer Sonderform fremdenfeindlicher Vorurteile gewidmet, die aufgrund der deutschen Geschichte von ganz besonderer Bedeutung ist: dem Antisemitismus. Die Items sind Replikationen - allerdings mit veränderter Antwortskalierung - von Fragen aus der 1987 vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin durchgeführten Antisemitismusstudie (vgl. Bergmann/Erb 1991). Das Mitschulditem stammt in dieser Formulierung von Bunzl/Marin (1983), ein sehr ähnliches Item ist jedoch auch in der erstgenannten Studie enthalten. Bei der Auswahl der Items, bei der uns dankenswerterweise Werner Bergmann vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung beraten hat, wurde berücksichtigt, daß sich in Deutschland ein spezifisch deutscher Nachkriegsantisemitismus entwickelt hat, der sog. sekundäre Antisemitismus (vgl. Bergmann/Erb 1991), der inzwischen bedeutsamer ist als der tradierte Antisemitismus. Letzterer äußert sich in der Zustimmung zu anti-jüdischen Stereotypen, von denen heutzutage am ehesten noch die wirtschaftsbezogenen, wie 'geschäftstüchtig', 'geldgierig' und 'einflußreich' fortleben. Das letztgenannte Stereotyp ist Inhalt von Item A der Antisemitismusfrage im ALLBUS. Der sekundäre Antisemitismus ist demgegenüber ein Produkt der problembehafteten Vergangenheitsbewältigung der Deutschen und äußert sich unter anderem in Schuldabwehr (in Item D durch Projektion einer Mitschuld an den Judenverfolgungen auf die Opfer) und Wiedergutmachungskritik (Item C). In dem Item zur Wiedergutmachungskritik schwingen dabei deutlich auch noch Elemente traditioneller Vorurteile ('der geldgierige Jude') mit. Item B nach der empfundenen Kollektivschuld für die Verbrechen der Deutschen wurde trotz der zu erwartenden schiefen Verteilung zur Balancierung der Skala aufgenommen. Möglicherweise kann mit den vier Items dieser Frage auf längere Sicht der bestehende Bedarf an einer wiederholt erhobenen Antisemitismusskala (vgl. Bergmann 1990) gedeckt werden.

3.2.4.2 Soziale Distanz zu verschiedenen ethnischen Gruppen

Einen weiteren wichtigen Aspekt der Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen stellt die sog. soziale Distanz dar. In seinem Vorschlag für das Fragemodul des Schwerpunkts 1996 unterscheidet Alba für den Bereich Diskriminierung drei Arten von Fragen: Fragen danach, wie der Befragte persönlich handeln würde; Fragen, in denen der Befragte das Verhalten

anderer bewerten soll; sowie Fragen nach Prinzipien der gleichen bzw. ungleichen Behandlung von Minderheiten (vgl. Alba 1994). Die sozialen Distanzfragen gehören zu den Fragen des ersten Typs. Die auf der gesellschaftlichen Ebene existierenden weitverbreiteten normativen Standards bezüglich der akzeptierten und nicht-akzeptierten Beziehungen zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen deuten auf eine gewisse kulturelle Verankerung dieser Verhaltenspräferenzen - ähnlich der bei den Stereotypen - hin (vgl. Simpson & Yinger 1985, die die soziale Distanz zu den kulturellen Faktoren von Vorurteil und Diskriminierung zählen).

Soziale Distanz im engeren Sinne bezieht sich direkt auf diese kulturelle Komponente und bezeichnet das Ausmaß der Intimität, das Gruppennormen zwischen zwei Individuen zulassen (Poole 1927, zitiert nach Simpson und Yinger 1985, S.95). Im ALLBUS wurde allerdings - wie übrigens in den meisten Studien, die Fragen zur sozialen Distanz enthalten - nicht nach solchen Normen gefragt, sondern nach der persönlichen Bereitschaft, Beziehungen unterschiedlicher Intimität und Nähe mit Angehörigen der verschiedenen ethnischen Gruppen einzugehen, also nach der persönlichen Distanz.

Auch wenn Fragen zur sozialen Distanz relativ häufig Gegenstand von Untersuchungen sind, die sich mit ethnischen Gruppen oder anderen Minoritäten befassen, hat sich bis jetzt keine bestimmte Formulierung der Fragestellung durchgesetzt. So wird etwa im Eurobarometer 30 danach gefragt, ob der Befragte 'nichts dagegen hätte', daß ein Angehöriger einer bestimmten Fremdgruppe in seine Familie einheiraten würde, in einer Frage von Angermeyer, die 1993 Bestandteil des SOWIBUS war, ist von 'akzeptieren', 'recht sein' und 'einverstanden sein' die Rede. Im amerikanischen General Social Survey schließlich soll der Befragte für verschiedene Kontaktformen angeben, ob er 'very much in favor of it happening, somewhat in favor, neither in favor nor opposed to it happening, somewhat opposed, or very much opposed to it happening' wäre.

Die im ALLBUS gewählte Art der Erhebung der persönlichen Distanz kommt der GSS-Frage recht nahe - eine genaue Identität der Formulierungen wurde aufgrund der ohnehin fehlenden Vergleichsmöglichkeiten durch die unterschiedlichen Fremdgruppen nicht angestrebt -, indem auch die positive Dimension mitberücksichtigt wurde. Die Formulierung 'wäre mir angenehm/unangenehm' zielt allerdings noch stärker auf die emotionale Ebene als die GSS-Formulierung 'wäre dafür/dagegen', mit der eher auch rationale Nützlichkeitskalküle angesprochen werden.

Als Kontaktfelder deutlich unterschiedlicher Nähe wurden die Nachbarschaft - in Frage F38 - und die Familie - Frage F39 - herausgegriffen. Diese beiden Bereiche sind praktisch immer Bestandteil von Skalen der sozialen Distanz . Außerdem wird häufig nach den Bereichen ‘Arbeitsplatz’ oder ‘Schule’ gefragt, die allerdings nicht von allen Befragten sinnvoll beantwortet werden können.

Noch differenziertere Analysemöglichkeiten ergeben sich, wenn man neben diesen neformulierten Fragen nach der persönlichen Distanz auch die tatsächlichen Kontakte in verschiedenen Bereichen (F18) und den normativen Aspekt der sozialen Distanz berücksichtigt. Letzterer findet sich in Item D (‘Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen’) der alten ALLBUS-Frage (F17). Allerdings wird in diesen Replikationsfragen nicht zwischen verschiedenen Fremdgruppen differenziert.

3.2.4.3 Einstellungen zur rechtlichen Gleichstellung und zu anti-diskriminierenden Maßnahmen

Vorurteile und soziale Distanz sind zwar zweifellos wichtige Aspekte des Verhältnisses zwischen Deutschen und Fremdgruppen, die politisch wichtigste Frage ist jedoch die nach der rechtlichen Gleichstellung der in Deutschland lebenden ethnischen Gruppen mit den einheimischen Deutschen. Dies ist der Bereich, der am unmittelbarsten die Lebenschancen der hier lebenden ethnischen Fremdgruppen beeinflusst und wo Veränderungsbemühungen unmittelbarer ansetzen können als bei den Phänomenen des Vorurteils und der sozialen Distanz.

Mit den Fragen zu diesem Themenbereich soll die generelle Bereitschaft erfaßt werden, ethnische Gruppen als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder zu akzeptieren. Es geht hier also nicht um eigenes benachteiligendes Verhalten der einzelnen Befragten, sondern um ihre Einstellungen zur Diskriminierung auf struktureller, gesamtgesellschaftlicher Ebene, d.h. um Meinungen zu rechtlichen Rahmenbedingungen und konkreten politischen Maßnahmen. Im ALLBUS 1996 werden diese Einstellungen mit vier Fragen erhoben: mit der F40 zur prinzipiellen Gleichberechtigung der verschiedenen ethnischen Gruppen, den Fragen F28 und F29 zu konkreten Rechten und anti-diskriminierenden Maßnahmen und der Frage F27 zur Einbürgerungsproblematik.

In Frage 40 wird die prinzipielle rechtliche Gleichstellung der verschiedenen ethnischen Gruppen thematisiert („Die in Deutschland lebenden ... sollten in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen“). Amerikanische Studien haben gezeigt, daß bei solchen grundsätzlich formulierten Fragen die Zustimmung zu Prinzipien der Rassenintegration und Gleichheit im Laufe der Zeit deutlich angewachsen ist (vgl. Schuman et al. 1985, Bobo/Smith 1994). Auch in Deutschland dürfte im Zuge des allgemeinen Wertewandels die Zahl der Befürworter egalitärer Prinzipien zugenommen haben, jedoch wird die Situation im Gegensatz zu den USA dadurch komplizierter, daß die meisten Minderheitengruppen keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und damit die Anwendung egalitärer Grundsätze auf ihre Situation - zumindest bei einer Befürwortung des geltenden Staatsbürgerschaftsrechts - nicht unbedingt zwingend erscheint.

Die in Frage 40 gewählte Formulierung wurde aus einer Frage des Deutschen Jugendinstituts (DJI) übernommen, die allerdings keine Differenzierung nach verschiedenen ethnischen Gruppen enthielt. Dadurch, daß auch die allgemeine rechtliche Gleichberechtigung getrennt für die einzelnen ethnischen Gruppen erhoben wird, kann untersucht werden, inwieweit sich der faktisch unterschiedliche rechtliche Status der berücksichtigten Gruppen - Gruppen mit deutscher Staatsbürgerschaft vs. Ausländer; EU-Bürger vs. Nicht-EU-Bürger - in den Antworten der Befragten widerspiegelt. Darüber hinaus ist es möglich, die Beurteilung der rechtlichen Gleichstellung mit den anderen differenziert erhobenen Fragen nach den Zugangsmöglichkeiten, der Andersartigkeit des Lebensstils und der sozialen Distanz in Beziehung zu setzen.

Auch die Fragen 28 und 29 befassen sich mit diskriminierenden Einstellungen in bezug auf die gleichberechtigte Teilhabe der Ausländer, allerdings wird hier nach einzelnen Rechten bzw. anti-diskriminierenden politischen Maßnahmen gefragt. Berücksichtigt werden konkrete und möglichst aktuelle Inhalte aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. In Item B von Frage 28 geht es um ein gleiches Anrecht auf sozialstaatliche Leistungen, ein Bereich, in dem die augenblickliche Verknappung der Ressourcen das Auftreten von Verteilungskonflikten wahrscheinlich erscheinen läßt. Item C greift mit dem Kommunalwahlrecht für Ausländer, das im Moment noch auf EU-Bürger begrenzt ist, ein aktuell strittiges Thema aus dem politischen Bereich auf. Ebenfalls zur Zeit Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind die Einführung des Islamunterrichts (Frage 29), die einen Schritt hin zu kultureller Gleichberechti-

gung der hier lebenden ethnischen Gruppen bedeuten würde, und die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft (Frage 28, Item A), die eine Erleichterung der Einbürgerung und damit eine grundlegende Verbesserung der rechtlichen Stellung der Immigranten zur Folge hätte. Bei diesen Fragen handelt es sich größtenteils um Rechte bzw. Maßnahmen, die nur für Ausländer strittig sind - vielleicht mit Ausnahme des Anrechts auf gleiche Sozialleistungen - bzw. sogar nur einzelne Subpopulationen der Ausländer betreffen, so daß auf eine getrennte Erfassung für die verschiedenen Zuwanderergruppen verzichtet werden konnte.

Einstellungen zu anti-diskriminierenden Maßnahmen wurden bisher insbesondere in US-amerikanischen Studien erhoben. Dabei zeigte sich, daß die Unterstützung für politische Maßnahmen der sog. 'affirmative action' bei weitem nicht so stark ist wie die für das allgemeine Prinzip der Rassenintegration und -gleichheit, und auch über die Zeit ist kein so eindeutiger Trend in Richtung einer Zunahme egalitärer Einstellungen zu verzeichnen. Außerdem erwiesen sich die Einstellungen gegenüber konkreten anti-diskriminierenden Maßnahmen als weniger bildungs- und altersabhängig (vgl. Schuman et al. 1985, Bobo/Smith 1994).

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß die fehlende Unterstützung konkreter und effektiver politischer Maßnahmen zur Reduktion der Diskriminierung ein Indikator der Fremdenfeindlichkeit sein könnte, der aussagekräftiger und weniger stark von Verzerrungen durch Effekte der sozialen Erwünschtheit betroffen ist, als Antworten auf Fragen nach generellen Prinzipien, die eventuell nur oberflächliche, politisch korrekte Lippenbekenntnisse sind. In eine ähnliche Richtung weisen europäische Daten des Eurobarometers 30. Pettigrew/Meertens (1995) berichten, daß sich lediglich die Unterstützung harter politischer Maßnahmen (gerichtliche Verfolgung rassistischer bzw. ausländerfeindlicher Äußerungen, Erleichterung der Einbürgerung) als charakteristisch für egalitär eingestellte Befragte erwiesen, während weiche, vage formulierte Maßnahmen, die eher den Charakter unverbindlicher Absichtserklärungen haben, wie 'Toleranz in den Schulen fördern' oder 'sicherstellen, daß Einheimische und Ausländer bei Behörden gleich behandelt werden' auch bei den 'subtilen Fremdenfeindlichen' Unterstützung finden. Letztere nehmen nach Pettigrew/Meertens (1995) eine Zwischenstellung zwischen den offen Fremdenfeindlichen, die die in modernen Gesellschaften zunehmend verbreitete Norm der Vorurteilsfreiheit und Gleichberechtigung ignorieren oder ablehnen, und den 'echten' Egalitären, die diese Norm internalisiert haben, ein. Die sog. Subtilen befolgen diese Norm zwar und äußern sich norm-konform, haben sie jedoch nicht bzw. nicht vollständig internalisiert. Ihre negativen Einstellungen gegenüber Fremdgruppen

sind scheinbar vorurteilsfrei, indem sie z.B. Diskriminierung durch den Hinweis auf die Verletzung traditioneller Werte durch die Fremdgruppe legitimieren (ähnlich auch beim Konzept des 'new racism' von Sniderman et al. 1991) oder ihre Benachteiligung den bestehenden - vom subtil Fremdenfeindlichen jedoch überbetonten - kulturellen Differenzen zuschreiben.

Diese Überlegungen legen es nahe, daß die Antworten zu den Fragen 28 und 29 nicht nur als deskriptiv interessante Meinungen zu aktuellen Fragen zu verstehen sind, sondern auch als 'Nagelprobe' für die geäußerten grundsätzlichen Überzeugungen zur rechtlichen Gleichstellung der Ausländer in Deutschland gewertet werden können.

Wie bei der Frage nach der Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft geht es auch bei Frage 27, in der der Befragte angeben soll, wie wichtig seiner Meinung nach verschiedene Einbürgerungsvoraussetzungen sein sollten, letztlich darum, wie leicht den Zugewanderten die Statuspassage zum vollwertigen Bürger des Aufnahmelandes gemacht werden soll. Ähnliche Fragen wurden 1995 sowohl im Rahmen des ISSP als auch in der DFG-Studie 'Nationale Identität der Deutschen' von Peter Schmidt gestellt. Im Pretest zum ALLBUS war die Frage in der Formulierung, welche Bedingungen unbedingt Voraussetzung zur Erlangung der Staatsbürgerschaft sein sollten, und zum Teil anderen Itemvorgaben gestellt worden. Da bei dieser Form der Fragestellung unklar blieb, welche Bedeutung die Befragten den nicht als unbedingt notwendig eingestuften Einbürgerungsvoraussetzungen zumaßen, - und dies waren empirisch vor allem die wichtigen Kriterien 'deutsche Abstammung' und 'in Deutschland geboren' - wurde in der Haupterhebung stattdessen nach der Wichtigkeit, die diesen Kriterien jeweils zukommen sollte, gefragt. Eine Faktorenanalyse über alle Items ergab im Pretest zwei Faktoren - ein Faktor, der sich auf mehr oder weniger unveränderliche Kennzeichen der Person (Rasse, Religion, Abstammung) bezieht, und ein zweiter, der sich auf kulturelle Merkmale (deutsche Sprache, in Deutschland geboren sein, deutsche Kultur, europäischer Lebensstil und lange Zeit hier gelebt zu haben) bezieht. Die beiden Faktoren sollten in der Haupterhebung mit jeweils mindestens zwei Items vertreten sein. Zusätzlich wurden einige Kriterien aufgenommen, die in der ursprünglichen Liste nicht enthalten waren, aber faktisch bei Ermessenseinbürgerungen eine Rolle spielen, wie 'für seinen eigenen Lebensunterhalt aufkommen können' und 'keine Verurteilungen wegen Straftaten'.

Das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht beruht auf dem sog. 'jus sanguinis', bei dem im Gegensatz zu dem in den meisten klassischen Einwanderungsländern geltenden Territori-

alprinzip ('jus soli') nicht der Geburtsort, sondern die Staatsangehörigkeit der Eltern bzw. eines Elternteils entscheidend ist. Dieses Abstammungsprinzip, das auch dem gesetzlich garantierten Recht der deutschstämmigen Aussiedler auf die deutsche Staatsbürgerschaft zugrundeliegt, hat zur Folge, daß auch die hier geborenen und aufgewachsenen Kinder und Enkel von Ausländern rechtlich Ausländer sind (vgl. zur rechtlichen Situation der Ausländer in Deutschland Alba 1995). Den Wichtigkeitseinschätzungen für die beiden Einbürgerungsvoraussetzungen 'deutsche Abstammung' und 'in Deutschland geboren' kommt vor diesem Hintergrund besondere Bedeutung zu, läßt sich doch aus dem Stellenwert, den der Befragte diesen beiden Kriterien zumißt, seine Zustimmung zu diesen grundsätzlichen Modellen ablesen.

Auf Antrag können auch Personen, die nicht mindestens einen deutschen Elternteil vorweisen können, eingebürgert werden. Allerdings sind hierfür jeweils gewisse Mindestanforderungen formuliert, so z.B. daß keine Verurteilung wegen schwerer Straftaten vorliegen darf und daß der Einbürgerungsbewerber den Lebensunterhalt für sich und seine Familie bestreiten kann, ohne Sozial- oder Arbeitslosenhilfe in Anspruch zu nehmen (vgl. Zentrum für Türkeistudien 1994). Die Aufnahme dieser Kriterien, hinter denen offensichtlich Kosten-Nutzen-Kalküle der Aufnahmegesellschaft stehen, in Frage 27 ermöglicht es zu überprüfen, inwieweit diese Praxis mit dem Rechtsempfinden der Bevölkerung in Einklang steht.

Insgesamt läßt sich daran, wie viele und welche - leicht erwerbbar oder eher zugeschriebene - Einbürgerungsvoraussetzungen als wichtig eingestuft werden, ablesen, inwieweit die Befragten den Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft und damit zur vollständigen Gleichberechtigung eher leicht oder eher schwer gestaltet sehen wollen.

3.2.4.4 Wahrnehmung und Beurteilung diskriminierender Akte

In den Fragen F23 bis F26 geht es um die Wahrnehmung und Beurteilung einzelner diskriminierender Akte gegenüber Ausländern in unterschiedlichen Kontexten. Während die in Abschnitt 3.2.4.1 beschriebenen Fragen ein Bild davon vermitteln können, inwieweit die Befragten die Anwesenheit von Ausländern in Deutschland als Problem empfinden, können diese Fragen Aufschluß darüber geben, inwieweit die Diskriminierung von Ausländern als Problem wahrgenommen wird.

Frage 26, bei der es um die Diskriminierung der Ausländer durch staatliche Institutionen geht, wurde in Anlehnung an eine Frage formuliert, die 1980 Bestandteil des ALLBUS-Schwerpunkts 'Einstellungen gegenüber Behörden' war. Damals wurde danach gefragt, ob der Befragte selbst damit rechnet, bei Behörden gerecht, d.h. so wie alle anderen auch, behandelt zu werden, diesmal interessierte uns, wie die Einschätzung für die hier lebenden Ausländer aussieht. Werden sie in der Wahrnehmung der Bevölkerung schlechter, genauso oder vielleicht sogar besser als Deutsche behandelt? Zwar fehlen uns Informationen über die tatsächliche Situation in deutschen Amtsstuben, aber die Antwort 'besser' dürfte wohl als Indiz für eine fremdenfeindliche Einstellung, bei der die Ausländer als Sündenböcke für gesellschaftliche Probleme herhalten müssen, zu werten sein. Im Gegensatz dazu indiziert die Antwort 'schlechter' - in der Realität gerechtfertigt oder nicht - ein Problembewußtsein in Hinblick auf die Diskriminierung von Ausländern durch kollektive Akteure, das eher bei „ausländerfreundlich“ eingestellten Befragten zu finden sein dürfte.

In den Fragen 23 bis 25 werden den Befragten drei Situationen vorgegeben, in denen Ausländer diskriminiert werden, eine aus dem Bereich des öffentlichen Lebens: 'Ein Gastwirt weigert sich, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen' - ein Item, das bereits im 90er ALLBUS-Schwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten' verwendet wurde -, eine aus dem privaten Bereich: 'Eltern verbieten ihrer 17jährigen Tochter die Freundschaft mit einem türkischen Jugendlichen' und eine aus dem Bereich wirtschaftlicher Marktbeziehungen: 'Ein Unternehmer, der Personal abbauen muß, entläßt zuerst die ausländischen Arbeitnehmer'. Der Befragte soll angeben, wie oft so etwas in Deutschland seiner Meinung nach vorkommt, und einschätzen, wie die meisten anderen Deutschen diese Situationen bewerten. Zusätzlich wird die moralische Bewertung der Handlungen durch den Befragten erfaßt.

Die Einschätzung der Häufigkeit solcher diskriminierender Akte dient dabei wiederum der Erfassung des Problembewußtseins der Befragten in Bezug auf Ausländerdiskriminierung. Besonders interessant ist dabei natürlich auch die Wahrnehmung durch die Ausländer selbst. Die moralische Bewertung einer Verhaltensweise als 'in Ordnung' ist ein Indikator für diskriminierende Einstellungen und eine potentielle Diskriminierungsbereitschaft des Befragten in einer solchen, ihn wahrscheinlich in der Realität nicht betreffenden, Situation. Dabei ist es sekundär, worauf diese Einschätzung gründet, sei es darauf, daß der Befragte eine Diskriminierung von Ausländern allein aufgrund ihres rechtlichen Status als Nicht-Deutsche in dem

jeweiligen Bereich für legitim hält, sei es aufgrund der vorurteilhaften Überzeugung, daß das Verhalten der Ausländer oder ihre kulturellen Eigenheiten eine solche Diskriminierung wahrscheinlich provoziert haben werden.

Die moralische Bewertung kann aber bei diesem Fragenkomplex nicht nur als für sich allein stehender Indikator für Ausländerfeindlichkeit herangezogen werden, sondern auch kontrastiert werden mit der Einschätzung des Befragten hinsichtlich der Meinung der meisten Deutschen. Diese Frage gibt Aufschluß darüber, wie die Befragten das Meinungsklima in Deutschland bezüglich der Diskriminierung wahrnehmen und wie sie sich selbst darin verorten. Im Pretest ließ sich dabei ein Phänomen beobachten, das man als 'pluralistic ignorance' bezeichnet (Fields/Schuman 1976; vgl. auch Bergmann 1990, S.117f. zu dem gleichen Phänomen in Zusammenhang mit Antisemitismus): Die Verteilungen für die eigene moralische Bewertung und die vermutete moralische Bewertung durch die meisten Deutschen variiert stark, wobei in der Fremdwahrnehmung die diskriminierenden Einstellungen deutlich verbreiteter sind als in den eigenen Beurteilungen. Viele Befragte sehen sich gewissermaßen als Engel in einer Welt von Teufeln. Diese pessimistische Sicht des Meinungsklimas mag zum Teil Ausdruck intellektueller Überheblichkeit sein, sie kann aber auch auf Projektionen der eigenen Meinung beruhen oder tatsächliche Erfahrungen widerspiegeln, etwa mit einer tatsächlich weiter verbreiteten Fremdenfeindlichkeit in der eigenen Bezugsgruppe. Ob verzerrt oder nicht, sicherlich ist die Wahrnehmung des Meinungsklimas ein Indikator für das Ausmaß der sozialen Unterstützung, die der Befragte für seine eigenen Ansichten erwartet, allerdings auf einer sehr allgemeinen Ebene und nicht in Hinblick auf engere Bezugspersonen.

3.2.4.5 Determinanten von Vorurteil und Diskriminierung

Um Ausländerfeindlichkeit nicht nur beschreiben zu können, sondern auch einen Einblick in mögliche Ursachen zu erhalten, wurden Indikatoren ins Fragenprogramm aufgenommen, die in verschiedenen theoretischen Ansätzen als mögliche Determinanten diskutiert werden. Dabei wurden sowohl sozialpsychologische, individuelle Faktoren betonende Ansätze als auch soziologische, sozialstrukturelle Faktoren betonende Erklärungsansätze berücksichtigt. Zum Teil konnte auf ALLBUS-Fragen zurückgegriffen werden, zum Teil mußten neue Fragen formuliert oder aus anderen Studien übernommen werden.

Schon seit den Zeiten der Frankfurter Schule ist der Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Ethnozentrismus Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Diskussion (vgl. Adorno et al. 1950). In der 'Theorie der autoritären Persönlichkeit' wird postuliert, daß der autoritäre Persönlichkeitstyp unter anderem durch eine besonders ausgeprägte Vorurteilsbereitschaft gekennzeichnet ist. In neuerer Zeit wurde diese Theorie von verschiedenen Autoren wiederaufgegriffen (vgl. z.B. Lederer/Schmidt 1995, Scheepers et al. 1990, 1992) und mit neueren sozialpsychologischen Ansätzen verknüpft. Scheepers et al. (1990, 1992) zum Beispiel erklären die größere Vorurteilsbereitschaft dadurch, daß bei autoritären Persönlichkeiten aufgrund ihres schwachen Egos und starken Super-Egos das nach der Theorie Tajfels (vgl. z.B. Tajfel 1982, S.101ff.) allen Individuen eigene Bedürfnis nach einer positiven sozialen Identität besonders ausgeprägt ist. Damit ist dann auch das Bedürfnis nach sozialer Identifikation, die sich in einer Überbewertung der Eigengruppe äußert, und sozialer Kontra-Identifikation, die sich in der Abwertung der Fremdgruppen äußert, erhöht.

Um Theorien dieses Typs mit Hilfe des ALLBUS testen zu können, haben wir zwei Indikatoren aus der Neuen Allgemeinen Autoritarismus Skala (NAAS) von Lederer (vgl. ZUMA/IZ 1983) in den ALLBUS aufgenommen (F21 A und B). In den beiden Items wird die autoritäre Unterwürfigkeit, eine der wichtigsten Autoritarismussdimensionen, angesprochen. Es handelt sich dabei um Items, die auch Bestandteil der von Schmidt et al. (1995) entwickelten Kurzfassung der Allgemeinen Autoritarismusskala waren und sich im Pretest zum ALLBUS'96 als erklärungskräftig erwiesen haben. Eine vollständige Autoritarismusskala stellen sie natürlich nicht dar, wiewohl Schmidt et al. (1995) hohe Korrelationen der Kurzsкала mit der Gesamtskala berichten. Als weiterer möglicher Indikator für Autoritarismus kann im übrigen der Rangplatz, den das Gehorsamkeitsitem bei der Erziehungszielfrage (F4) erhält, interpretiert werden.

Der Autoritarismus als Merkmal der Persönlichkeitsstruktur wird als Produkt der familialen Sozialisation aufgefaßt. Dieser Aspekt wird vor allem in der ursprünglichen Theorie der autoritären Persönlichkeit betont, wiewohl auch hier von sozialen Bedingungen die Rede ist. Andere Autoren betonen in stärkerem Maße seine Abhängigkeit von bestimmten sozialen Rahmenbedingungen (wie z.B. Klassenzugehörigkeit, Arbeitslosigkeit o.ä.), die zu subjektiv erlebter Norm- und Machtlosigkeit (anomia) und in der Folge zur Ausbildung oder Stärkung autoritärer Einstellungen führen sollen (vgl. Scheepers et al. 1990, 1992, die auch einen

Überblick über andere Studien hierzu geben). Daneben ist es natürlich auch denkbar, daß solche anomischen Gefühle einen direkten Einfluß auf die Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen haben, indem sie das Selbstwertgefühl des einzelnen erschüttern und damit die oben erwähnten Identifikations- und Kontraidentifikationsprozesse in Gang setzen. Da im ALLBUS 1996 sowohl Autoritarismus- als auch Anomieindikatoren (vgl. Abschnitt 3.3.5) enthalten sind, kann der Frage nach dem jeweiligen Stellenwert dieser Faktoren in Hinblick auf die Erklärung fremdenfeindlicher Tendenzen empirisch nachgegangen werden.

Nach der Theorie der sozialen Identität (vgl. Tajfel 1982) sind Fremdenfeindlichkeit und Patriotismus gewissermaßen zwei Seiten der gleichen Medaille, nämlich des Ethnozentrismus, der der Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes dient. Um zu überprüfen, ob eine positive Bewertung der Eigengruppe quasi zwangsläufig mit einer negativen Bewertung von Fremdgruppen einhergeht, wurde zum einen die ALLBUS-Frage nach dem Stolz auf einzelne nationale Errungenschaften (s. Abschnitt 3.3.3) und zum anderen eine Frage nach dem Ausmaß des allgemeinen Nationalstolzes aus dem Eurobarometer 30 (ZA-Nummer S1715) - in leicht modifizierter Form - repliziert. Mit der Frage nach dem allgemeinen Nationalstolz hat man ein quantitatives Maß für den Patriotismus, so daß überprüft werden kann, ob es von der Salienz der Zugehörigkeit zur Ingroup 'Deutsche' abhängt, inwieweit Fremdgruppen abgewertet werden. Mit Hilfe der ALLBUS-Frage, in der der Befragte verschiedene Stolzobjekte in eine persönliche Rangordnung zu bringen hat, kann zwischen sog. 'blindem', idealisierendem Patriotismus, der sich vor allem auf kompetitive Bereiche bezieht, und sog. konstruktivem Patriotismus, der sich im Gegensatz dazu auf gesellschaftliche Kollektivgüter wie die Verfassung oder das Sozialsystem bezieht, differenziert werden (vgl. den Überblick über diese Konzepte bei Blank/Schmidt 1993 und 1997, in Druck). Wie Blank/Schmidt (1993 und 1997, in Druck) zeigen konnten, besteht zwischen blindem Patriotismus und Fremdenfeindlichkeit ein positiver Zusammenhang, zwischen konstruktivem Patriotismus und Fremdenfeindlichkeit ein negativer Zusammenhang.

Im Gegensatz zu diesen stärker sozialpsychologisch argumentierenden Ansätzen, die für die Erklärung der Fremdenfeindlichkeit auf das individuelle Bedürfnis nach einem positiven Selbstbild zurückgreifen, wobei die sozioökonomischen Rahmenbedingungen nur vermittelt wirken, etwa indem Statusfrustration oder -angst zu Identitätsunsicherheit führen und damit entsprechende Identifikationsprozesse in Gang setzen, bevorzugen viele Soziologen eine stärker konflikttheoretische Herangehensweise. Aus ihrer Sicht (vgl. z.B. Giles/Evans 1986) sind

Diskriminierung und Vorurteilsbildung in erster Linie als Resultat der Gruppenkonkurrenz um Prestige, Macht und Einkommen zu sehen. Allerdings setzt auch das Konzept des Gruppeninteresses - also eines Eigeninteresses nicht auf je individueller, sondern auf Gruppenebene - eine entsprechende Ingroup-Identität voraus. Nach diesem Ansatz soll in erster Linie die Bedrohung der Eigengruppeninteressen durch die Konkurrenz durch Outgroups hinter fremdenfeindlichen Tendenzen stehen.

Für die empirische Überprüfung dieses Ansatzes ist eine möglichst umfassende Erhebung der Faktoren, die das Ausmaß der Konkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern individuell und auf Gruppenebene beeinflussen können, wichtig. Dazu gehören zum einen objektive Faktoren wie der tatsächliche Ausländeranteil, die berufliche Stellung des Befragten oder sein Wohnstatus, aber auch Indikatoren für die subjektive Wahrnehmung dieser Konkurrenz und ihrer Rahmenbedingungen. Im ALLBUS 1996 sind dies etwa der geschätzte Ausländeranteil in West- und Ostdeutschland (F30), die subjektiv wahrgenommene wirtschaftliche Lage und Entwicklung (F35 und F36), aber auch einige der Items zu den wahrgenommenen Konsequenzen der Ausländeranwesenheit (F22, insbesondere Items F, D und B).

Aber nicht nur konkrete Konkurrenzserfahrungen auf Individual- oder Gruppenebene können fremdenfeindliche Einstellungen hervorrufen. Es gibt auch einen weniger direkten Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Situation des einzelnen und der Gesamtgesellschaft einerseits und Ausländerfeindlichkeit oder Antisemitismus andererseits. Die subjektive - in der Regel objektiv zumindest nicht völlig unbegründete - Wahrnehmung einer schlechten und/oder sich verschlechternden Lage fördert Unzufriedenheiten und Ängste, die den Boden für die Suche nach Sündenböcken und damit für ausländerfeindliche Einstellungen oder für Antisemitismus abgeben. So zeigen z.B. Bergmann/Erb (1991), daß Personen, die sich selbst zu den Benachteiligten zählen, Juden stärker ablehnen, obwohl Juden als Konkurrenten nicht in Erscheinung treten. Es erscheint plausibel anzunehmen, daß es eine Frage individueller Persönlichkeitsmerkmale - z.B. von Charaktereigenschaften oder Konfliktbewältigungsstrategien - ist, inwieweit auf eine als krisenhaft wahrgenommene Situation mit fremdenfeindlichen Einstellungen reagiert wird. Insofern verknüpft diese, gerade auch in der nicht-wissenschaftlichen Diskussion über die Problematik der Ausländerfeindlichkeit häufig anzutreffende, Argumentation gewissermaßen die soziologische und die sozialpsychologische Perspektive.

Auf die verschiedenen Indikatoren für subjektive oder objektive Konkurrenzerfahrungen bzw. für das Ausmaß von Unzufriedenheit und subjektiver Deprivation, die im ALLBUS 1996 enthalten sind, wurde zum Teil bereits an anderer Stelle eingegangen. Die verbleibenden Indikatoren werden in den folgenden Teilen, in denen der Replikations- und der Demografieteil des ALLBUS 1996 sowie die sonstigen im Datensatz enthaltenen Variablen vorgestellt werden, genauer erläutert.

3.3 ALLBUS-Replikationsfragen außerhalb des Schwerpunktthemas

3.3.1 Überblick

Entsprechend der Zielsetzung des ALLBUS, eine Datengrundlage für die Untersuchung sozialen Wandels bereitzustellen, werden im ALLBUS Einzelindikatoren und Itembatterien zu verschiedenen Themen in kürzeren oder längeren Zeitabständen repliziert. Kriterien für die Aufnahme von Replikationsfragen in den ALLBUS 1996 waren neben dem formalen Kriterium der Dichte der bestehenden Zeitreihe die Dynamik der bisherigen Entwicklung und/oder interessante Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Darüber hinaus spielte auch die theoretische Relevanz der Indikatoren in Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema 'Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland' eine wichtige Rolle. Einen Überblick über die für den ALLBUS 1996 ausgewählten Replikationsfragen gibt Übersicht 4.

Übersicht 4: Weitere inhaltliche Replikationsfragen des ALLBUS 1996

	Fragennummer ALLBUS 1996	Frühere Erhebungsjahre im ALLBUS	Modifikationen/ Bemerkungen
<i>Ausländer:</i>			
Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern	F17	80, 84, 88, 90, 94	bis 1990: "Gastarbeiter" statt „in Deutschland lebende Ausländer“, 1994 Split mit beiden Formulierungen
Kontakte mit in Deutschland lebenden Ausländern	F18	80, 84, 88, 90, 94	
Einstellungen zum Zuzug verschiedener Personengruppen	F9	90-92	
<i>Einstellungen zu Ehe und Familie:</i>			
Notwendigkeit von Familie und Heirat	F1, F2	80, 84, 88, 91, 92	
Rolle der Frau in Familie und Beruf	F3	82, 91, 92	
Lernziele Kinder	F4	92	
<i>Politische Einstellungen:</i>			
Stolz auf nationale Errungenschaften	F19	88, 91, 92	1988 mit 10er Skala
Politisches Interesse	F32	80-94	
Inglehart-Index	F33	80-94	
Links-Rechts-Einstufung	F34	80, 82, 86-94	
Wahlabsicht	S59	80-94	
Wahlrückerinnerung	S60, S61	84-92	
<i>Sonstige Replikationsfragen:</i>			
Einstellungen zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs	F6	82, 86, 90, 92	bis 1990: "Bundesrepublik" statt „Deutschland“
Anomia	F5	82, 90- 92	
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung für Deutschland und eigene Person	F35, F36	82-86, 90-94	
Subjektive Schichteinstufung	F7	80-94	
Gesellschaftliche Gerechtigkeit	F8	80, 82, 90-92	
Furcht vor Arbeitslosigkeit bzw. Verlust der beruflichen Existenz	S7, S9	80, 91-94	
Unsicherheit der Wohngegend	S53	80, 90, 92	

3.3.2 Einstellungen zu Ehe und Familie

Die Fragen zur Notwendigkeit von Ehe (F2) und Familie (F1) sind schon von Beginn an, also seit 1980, Bestandteil des ALLBUS und wurden bisher im Vierjahresturnus - und zusätzlich in der Baseline-Studie von 1991 - erhoben. Die Fragen stammen aus einer 1953 von Reigrotzki durchgeführten Studie (ZA-Nummer 0145), so daß auch Vergleichsdaten für die 50er

Jahre vorliegen. Während bis 1988 die Notwendigkeit von Ehe und Familie zunehmend geringer bewertet wurde, war Anfang der 90er Jahre ein Stop dieses Trends (Ehe) bzw. sogar eine Trendwende (Familie) zu beobachten. Außerdem zeigten sich Differenzen zwischen West- und Ostdeutschen, wobei die Ostdeutschen die Bedeutung der Familie deutlich höher einschätzten als die Westdeutschen.

Die Itematterie zur Rolle der Frau (F3) war bisher erst zweimal im ALLBUS enthalten, 1982 und in der Baseline-Studie 1991. Hier interessiert vor allem, inwieweit sich die Einstellungen zur Berufstätigkeit der Frau und ihren Aufgaben in der Familie unter den veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen - insbesondere unter dem Eindruck der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit sowie im Osten angesichts der Verschlechterung der Rahmenbedingungen bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie - verändert haben. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien und Polen sind die Geschlechterrollen-Items regelmäßig in den nationalen Umfragen enthalten, so daß vielfältige internationale Vergleichsmöglichkeiten gegeben sind.

Ein weiterer wichtiger Indikator in diesem Themenbereich sind die Erziehungsziele, die darüber hinaus auch als allgemeine Werteindikatoren herangezogen werden können. Im ALLBUS 1996 ist die Frage mit fünf Items nach den wichtigsten Lernzielen enthalten (F4), die erstmals im ALLBUS 1992 gestellt wurde. Die Frage stammt aus der Detroit Area Study (vgl. Lenski 1961) und ist seit 1986 auch Bestandteil des amerikanischen GSS. Der Rangplatz, den der Befragte dem Lernziel 'Gehorsam' zuweist, kann als Indikator für Autoritarismus interpretiert werden (vgl. Abschnitt 3.2.4.5). Ein häufig gebrauchtes Maß, um die Dimension Autonomie/Selbstbestimmung vs. Gehorsam/Konformität abzubilden, ist die Differenz zwischen dem Rangplatz des Items 'Selbständiges Denken' und dem des Items 'Gehorsam' (vgl. Alwin 1990).

3.3.3 Politische Einstellungen

Im Bereich der politischen Einstellungen wurde neben den Standardindikatoren (Politisches Interesse, Links-Rechts-Einstufung, Postmaterialismus, Wahlverhalten) die Frage nach dem Stolz auf nationale Errungenschaften (F19) repliziert. Diese Frage wurde seit ihrer Aufnahme ins ALLBUS-Fragenprogramm im Jahr 1988 bereits zweimal - 1991 und 1992 - wegen ihrer

besonderen Bedeutung in Zusammenhang mit dem deutschen Vereinigungsprozeß wiederholt. 1992 kam dabei allerdings nur eine Kurzversion der Frage zum Einsatz, bei der auf die Vergabe der Rangplätze für die drei ausgewählten Stolzobjekte verzichtet wurde. Der Frage kommt im ALLBUS 1996 besondere Bedeutung zu, weil sie die Möglichkeit eröffnet, zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen Formen des Patriotismus zu unterscheiden, dem sog. konstruktiven und dem sog. blinden Patriotismus (vgl. Blank/Schmidt 1997, im Druck). Der blinde Patriotismus, der sich äußert im Stolz auf nationale Errungenschaften, die eine deutliche Wettbewerbskomponente haben und/oder eine Idealisierung der Eigengruppe erkennen lassen, - in der ALLBUS-Frage z.B. die wirtschaftlichen Erfolge oder die Leistungen der deutschen Sportler - korreliert nach Blank/Schmidt (1993; 1997, im Druck) positiv mit abwertenden Einstellungen gegenüber Fremdgruppen. Dagegen besteht zwischen dem Stolz auf Kollektivgüter, die statt leistungsorientierter Aspekte eher demokratieorientierte Aspekte beinhalten, - im ALLBUS das Grundgesetz und das System der sozialen Sicherung - und fremdenfeindlichen Einstellungen kein Zusammenhang.

3.3.4 Selbsteinschätzungen und Lagebeurteilungen

Verschiedene subjektive Wahrnehmungsindikatoren sind mehr oder weniger regelmäßig Bestandteil der ALLBUS-Erhebungen. Sie sollen zum einen deskriptiv die objektiven Ungleichheitsindikatoren ergänzen, ein Aspekt, der insbesondere in Zusammenhang mit der Frage der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor von besonderem Interesse ist. Zum anderen haben sie auch eine wichtige Funktion als erklärende Variablen. Aus diesen Gründen gehören die subjektive Schichteinstufung (F7) und die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung (F35, F36) zum Standardprogramm des ALLBUS.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Gerechtigkeit (F8) - die subjektive Überzeugung, daß man seinen gerechten Anteil im Vergleich zu anderen erhält - wurde bisher 1980, 1982, 1990, 1991 und 1992 erhoben. Die vielen Erhebungszeitpunkte zu Beginn der 90er Jahre zeigen, daß auch dieser Frage besondere Bedeutung in Zusammenhang mit dem deutschen Vereinigungsprozeß zugemessen wird. Als Indikator subjektiver Deprivationserfahrungen hat sie

darüber hinaus auch erklärende Funktion, vor allem in Zusammenhang mit dem neuen Schwerpunktthema.

Die Frage nach der Furcht vor Arbeitslosigkeit bzw. bei Selbständigen vor Existenzverlust (S7, S9) gewinnt zum einen durch die angespannte Arbeitsmarktsituation besondere Aktualität. Daneben ist sie in Bezug auf die Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen wichtig, weil sie ein möglicher Faktor des 'Bedrohungspotentials' ist, das die Ausländer als Konkurrenten um Arbeitsplätze für den einzelnen Befragten darstellen (vgl. Krauth/Porst 1984).

3.3.5 Sonstige Replikationsfragen

Die Anomie-Frage (F5) fand bereits als mögliche Determinante der Fremdenfeindlichkeit in Abschnitt 3.2.4.5 Erwähnung. Bei der Frage handelt es sich um eine Auswahl der im amerikanischen GSS verwendeten Items, die ihrerseits auf einer von Srole (1956) entwickelten Skala beruhen (vgl. ZUMA/IZ 1983). Gemessen wird nicht Anomie auf gesellschaftlicher Ebene, sondern es geht um individuelle anomische Gefühle, d.h. Gefühle der Macht- und Orientierungslosigkeit. Diese Gefühle sollen maßgeblich an der Entstehung ethnozentristischer Einstellungen beteiligt sein, wobei der genaue theoretische Stellenwert der Anomie, insbesondere im Verhältnis zum Autoritarismus, umstritten ist (vgl. z.B. Herrmann/Schmidt 1995, Scheepers et al. 1990).

Bei der Frage nach der Einstellung zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (F6) zeigte sich bisher in den alten Bundesländern ein Trend in Richtung zunehmender Liberalität. Für den Osten gab es bis jetzt nur zwei Meßzeitpunkte, die ISSP-Plus-Studie von Ende 1990 und die ALLBUS-Studie von 1992. Eine aktuelle Messung des Meinungsklimas ist vor allem deshalb wichtig, weil 1995 die neue gesamtdeutsche Regelung des Abtreibungsrechts, die im Kern eine Fristenregelung mit Beratungspflicht vorsieht, verabschiedet wurde.

Schließlich wurde auch ein Indikator für die Kriminalitätsfurcht in den ALLBUS 1996 aufgenommen, nämlich die Frage nach der Unsicherheit der Wohngegend (S53). Die Kriminalitätsfurcht kann als ein Aspekt einer allgemein negativen Sicht des augenblicklichen Zustands der deutschen Gesellschaft herangezogen werden, die zur Suche nach Sündenböcken und damit eventuell auch zu ausländerfeindlichen Einstellungen führen könnte. Andere Aspekte

in diesem Zusammenhang könnten z.B. eine negative und pessimistische Sicht der wirtschaftlichen Lage und Unzufriedenheit mit dem demokratischen System (eine entsprechende Frage ist Bestandteil des ISSP-Teils des ALLBUS 1996) sein.

Alle in diesem Abschnitt 3.3.5 aufgeführten Replikationsfragen gehören im übrigen auch zum Fragenprogramm des General Social Survey, so daß jeweils Vergleiche zwischen Deutschland und den USA möglich sind.

3.4 Demographiefragen

Wie üblich enthält der Demographieteil des ALLBUS 1996 einen umfangreichen Block von Standardvariablen, die Bestandteil jeder ALLBUS-Umfrage sind, und einen Block, der speziell auf das Schwerpunktthema zugeschnitten ist. Insgesamt nehmen die demographischen Variablen ca. ein Drittel der Gesamtbefragungszeit in Anspruch.

3.4.1 Standarddemographie

In Zusammenhang mit der Reduzierung der Interviewdauer von 60 auf 50 Minuten waren im ALLBUS 1994 im Vergleich zu den früheren Erhebungen einige Streichungen und Modifikationen bei den standardmäßig erhobenen demographischen Variablen vorgenommen worden (vgl. Koch et al. 1994). Diese gekürzte Standarddemographie wurde auch im ALLBUS 1996 verwendet (vgl. Übersicht 5). Lediglich die Frage nach der Staatsangehörigkeit des Befragten, die seit der Einbeziehung der Ausländer in die ALLBUS-Stichprobe regelmäßig erhoben wird, wurde modifiziert. Hier sind jetzt Mehrfachnennungen möglich, so daß auch Informationen über doppelte Staatsbürgerschaften vorliegen.

Übersicht 5: Demographische Variablen im ALLBUS 1996

Merkmal	Frage-Nr. ALLBUS 1996
<i>Standarddemographie:</i>	
Geburtsdatum/Alter	F10
Geschlecht	S1
Allgemeinbildender Schulabschluß	S2
Beruflicher Ausbildungsabschluß	S3
(Nicht-)Erwerbstätigkeitsstatus	S4, S14
(Letzte) Berufliche Stellung	S5, S16
(Letzte) Berufliche Tätigkeit	S6, S8, S17
Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst	S10
Berufliche Aufsichtsfunktion, Vorgesetztenstatus	S11
Arbeitslosigkeit in den letzten 10 Jahren	S12, S13, S18, S20
Zeitpunkt der Aufgabe der Erwerbstätigkeit	S15
Familienstand	S21
Lebenspartner	S31
Gemeinsamer Haushalt mit Lebenspartner	S32
(Haushalts-)Nettoeinkommen	S48, S51
Haushaltszusammensetzung (Verwandtschaftsverhältnis, Geschlecht, Geburtsdatum/Alter, Familienstand für alle Haushaltsangehörigen)	S50
Wohnstatus	S52
Konfession	S54
Kirchgangshäufigkeit	S55
Gewerkschaftsmitgliedschaft	S56, S57
Parteimitgliedschaft	S58
Telefonbesitz	S63
<i>Informationen zum (Ehe-)Partner:</i>	
Allgemeinbildender Schulabschluß	S25, S37
Beruflicher Ausbildungsabschluß	S26, S38
(Nicht-)Erwerbstätigkeitsstatus	S27, S30, S39, S42
Berufliche Stellung	S28, S40
Berufliche Tätigkeit	S29, S41
Geburtsdatum/Alter	S50D (HH-Liste), S33
<i>Informationen zu Eltern:</i>	
Berufliche Stellung Vater	S44
Berufliche Tätigkeit Vater	S45
Allgemeinbildender Schulabschluß Vater	S46
Allgemeinbildender Schulabschluß Mutter	S47
<i>Spezielle demographische Fragen in Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema:</i>	
Geburtsland	F11, F12
Immigrationsjahr	F13
Staatsbürgerschaft(en) Befragter	F14
Staatsbürgerschaft (Ehe-)Partner	S22, S34
Ursprüngliche Staatsangehörigkeit Befragter	F15, F16
Ursprüngliche Staatsangehörigkeit (Ehe-)Partner	S23, S24, S35, S36
Herkunftsländer der Eltern und Großeltern	S43

3.4.2 Spezielle Fragen in Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema

Unumgänglich bei einem Schwerpunktthema 'Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland' war eine detaillierte Erfassung der faktischen ethnischen Zugehörigkeit des Befragten. Um sicherzustellen, daß eingebürgerte Deutsche und Aussiedler von der Majorität der einheimischen Deutschen unterschieden werden können, wurden deshalb neben der augenblicklichen Staatsbürgerschaft - bzw. den augenblicklichen Staatsbürgerschaften - auch die ursprüngliche Staatsbürgerschaft sowie bei nicht in Deutschland geborenen Befragten das Herkunftsland erhoben (F11-F16). Mit der Frage S43 werden die 'ethnischen Wurzeln' der Befragten noch weiter in die Tiefe verfolgt, indem nach den Geburtsländern der Eltern- und Großelterngeneration gefragt wird (vgl. zum Einfluß der ethnischen Herkunft in den USA Alba 1990). Vor allem angesichts der deutschen Geschichte mit der großen Zahl der Flüchtlinge aus dem Osten in der Nachkriegszeit ist anzunehmen, daß Migrationserlebnisse in der Familiengeschichte der Befragten in nennenswertem Umfang zu finden sind. Mit den Daten des ALLBUS 1996 kann analysiert werden, ob sich solche indirekten Erfahrungen auf die Einstellungen gegenüber den heutigen Immigranten auswirken.

Im Kontext des Schwerpunktthemas 1996 stehen auch die zusätzlichen Fragen nach der/den augenblicklichen Staatsbürgerschaft/en und gegebenenfalls der ursprünglichen Staatsbürgerschaft des Ehe- bzw. Lebenspartners des Befragten (S22-S24 bzw. S34-S36). Die Quote der binationalen Ehen bzw. Lebenspartnerschaften stellt auf der gesellschaftlichen Ebene einen Indikator der Integration der Ausländer dar. Auf der individuellen Ebene können mit dieser Frage Informationen über das Bestehen einer speziellen Kontaktform gewonnen werden, die eine entscheidende Präzisierung der Informationen über Kontakte in der eigenen Familie und der näheren Verwandtschaft (F18) bedeutet. Mit diesen Fragen sowie den Fragen nach den Herkunftsländern der Eltern ist es weitestgehend möglich, Kontakte mit Ausländern innerhalb des engen Bereichs der Kernfamilie des Befragten zu identifizieren.

3.5 Sonstige Variablen des ALLBUS 1996

In jedem ALLBUS sind neben den Angaben der Befragten auch Variablen mit Informationen enthalten, die nicht erfragt, sondern nachträglich zugespielt bzw. errechnet wurden oder die

auf Angaben der Interviewer beruhen. Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick über diese zusätzlichen Variablen im ALLBUS-Datensatz.

3.5.1 Abgeleitete Variablen

Der Inglehart-Index, die Prestigewerte für die Berufsangaben, der Einordnungsberuf, der Goldthorpe-Index sowie die Haushalts- und Familientypologien sind Variablen, die nachträglich auf der Grundlage der von den Befragten im Interview gemachten Angaben gebildet werden. Sie sollen hier kurz aufgeführt werden, nähere Informationen zu Inhalt und Konstruktion dieser Variablen enthält das Codebuch.

Ausgangsbasis für den Inglehart-Index zur Messung materialistischer und postmaterialistischer Orientierungen sind die Angaben der Befragten über ihre politischen Prioritäten in der Frage F33 (zu alternativen Messungen vgl. Krebs/Hofrichter 1989). Die Indexbildung erfolgt in Anlehnung an Inglehart (1971), wobei Materialisten, Postmaterialisten und sogenannte Mischtypen unterschieden werden.

Alle offen erfaßten Angaben zu beruflichen Tätigkeiten werden bei ZUMA sowohl nach der Internationalen Standardklassifikation der Berufe von 1968 (ISCO 1968) als auch nach der revidierten Fassung von 1988 (ISCO 1988) vercodet. Auf der Grundlage der alten ISCO-Codes werden die Berufsprestigewerte nach Treiman (vgl. Treiman 1977) und die Magnitudeprestigewerte nach Wegener (vgl. Wegener 1985) zugewiesen. Eine Liste der ISCO-Codes sowie nähere Angaben zur Bildung der Berufsprestigevariablen enthält das Codebuch.

Der Einordnungsberuf soll auch für nicht erwerbstätige Befragte eine Beschreibung von Lebenslagen und sozialer Position aufgrund ihrer indirekten Beziehung zum Beschäftigungssystem ermöglichen - etwa über den Beruf des Ehepartners oder des Vaters. Das Konzept geht auf Pappi (1979) zurück. Der im ALLBUS 1996 enthaltene Einordnungsberuf stellt eine von Terwey vorgeschlagene Modifikation des ursprünglichen Konzeptes dar (vgl. die Note zum Einordnungsberuf im Codebuch).

Der Goldthorpe-Index, ein Klassenschema, bei dem Individuen auf der Grundlage ihrer Beschäftigungsverhältnisse - berufliche Stellung und ISCO-Code der beruflichen Tätigkeit - 11 verschiedenen Klassenlagen zugeordnet werden, wurde bisher nur für den Einordnungsberuf gebildet. Um die Analysemöglichkeiten zu erweitern, wurde 1996 für alle Berufsvariablen (eigener jetziger oder früherer Beruf, ggf. aktueller Beruf des Ehe- bzw. Lebenspartners, Vaterberuf, Einordnungsberuf) der Goldthorpe-Index gebildet (zur Operationalisierung des Klassenschemas nach Goldthorpe im ALLBUS vgl. Beckmann/Trometer 1991, Trometer 1993). Dadurch können jetzt insbesondere Prozesse sozialer Mobilität anhand von Klassenlagen im ALLBUS untersucht werden.

Die drei seit 1990 im ALLBUS enthaltenen Haushalts- und Familientypologien (vgl. Beckmann/Trometer 1991) dienen der Abbildung der Haushalts- und Familienstrukturen. Die Klassifikationen beruhen auf den Angaben der Befragten zum Verwandtschaftsverhältnis und Familienstand der Haushaltsangehörigen. Für die Haushalte existiert eine Grobklassifikation und eine Feinklassifikation. Die Familientypologie baut auf diesen Haushaltsklassifikationen auf und identifiziert vollständige und unvollständige Kernfamilien, vollständige und unvollständige Zwei- bis Vier-Generationen-Familien, erweiterte Familien und sog. Haushaltsfamilien. Diese Erfassung von Haushalts- und Familienstrukturen geht auf Porst (1984) zurück und wird im ALLBUS mit Hilfe eines von Funk entwickelten Programmes realisiert (vgl. Funk 1989).

3.5.2. Regionalmerkmale

Jedem ALLBUS werden einige Merkmale zugespielt, die eine Einbeziehung des regionalen Kontextes in die Analysen ermöglichen. Im ALLBUS 1996 waren dies das Bundesland, in dem das Interview durchgeführt wurde, die politische Gemeindegrößenklasse des Wohnorts und der BIK- Stadtregionentyp sowie speziell in Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema 'Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland' der Ausländeranteil auf Kreisebene.

Die drei erstgenannten Variablen gehören zum Standardprogramm des ALLBUS, wobei die BIK-Stadtregionen den früher im ALLBUS enthaltenen Boustedt-Gemeindetyp, der für die

neuen Bundesländer nicht verfügbar ist, ersetzen. Beide sind Indikatoren für den siedlungsstrukturellen Typ der Gemeinde, insbesondere ihre Zugehörigkeit zu Agglomerationsräumen, und beschreiben besser den faktischen Siedlungstyp der Wohnregion als die auf rechtlichen Verwaltungsgrenzen basierende politische Gemeindegrößenklasse.

Speziell für das Schwerpunktthema wurden die Regionalinformationen im ALLBUS 1996 um den Regionalindikator 'Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung auf Kreisebene' ergänzt. Die uns von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung dankenswerterweise zur Verfügung gestellten Zahlen beruhen auf den amtlichen Daten des Ausländerzentralregisters. Dem ALLBUS-Datensatz wurden sie aufgrund von Datenschutzerwägungen nur kategorisiert in Zwei-Prozent-Schritten zugespielt. Meist wird ein positiver Zusammenhang zwischen fremdenfeindlichen Einstellungen und dem Fremdgruppenanteil, der als Indikator für die Bedrohung bzw. die Konkurrenz durch die Fremdgruppe dient, postuliert und auch empirisch nachgewiesen (vgl. z.B. Blalock 1967, Kap.5), wobei allerdings die Beziehung zwischen der relativen Gruppengröße und Fremdenfeindlichkeit auf der Individualebene nur selten Gegenstand der Analysen ist (z.B. bei Giles/Evans 1986).

3.5.3 Interviewermerkmale

Vom Interviewer sind im ALLBUS 1996 die - bis auf wenige Ausnahmefälle personenspezifische - Interviewernummer sowie das Geschlecht, das Alter in Jahren zum Zeitpunkt des Interviews und die Bildung - differenziert nach den üblichen allgemeinbildenden Schulabschlüssen plus zusätzlich Fachhoch- oder Hochschulabschluß - bekannt. Diese Informationen, mit deren Hilfe z.B. Interviewereffekte untersucht werden können, beruhen auf Angaben des Interviewers.

3.6 Der ISSP-Schwerpunkt „Einstellungen zu Staat und Regierung“

Das Thema der ISSP-Studie im Jahre 1996 „Einstellungen zu Staat und Regierung“ wird im Rahmen des International Social Survey Programme in 25 Ländern erhoben. In Deutschland erfolgte die Erhebung im Anschluß an die persönliche ALLBUS-Befragung.

Die Studie war die zweite Replikation des Themas „Einstellungen zu Staat und Regierung“. Die Replikations-Strategie des International Social Survey Programme sieht vor, mindestens zwei Drittel der Items aus dem früheren Fragemodul zu wiederholen. Dieser Strategie entsprechend besteht der 1996er Fragebogen zu zwei Dritteln aus Fragen, die in einer oder beiden der früheren ISSP-Studien zum gleichen Thema gestellt wurden, und zu einem Drittel aus Fragen, die neu aufgenommen wurden.

In der Erhebung von 1996 wurden die zentralen inhaltlichen Themen aus den Vorgängererhebungen von 1985 und 1990 repliziert: *Staatseinfluß in der Wirtschaft*, *Staatsausgaben*, *Staatsverantwortlichkeit* und *politische Partizipation* (vgl. Ahrendt/Jowell 1996). Neu hinzu kamen Fragen zu *Besteuerung*, *politischem Vertrauen* bzw. zur *individuellen Wirkung in der Politik* sowie weitere Fragen zu *politischer Partizipation*, um diese inhaltlichen Bereiche noch ausführlicher als in den Erhebungen von 1985/90 zu erfassen. In Übersicht 6 sind die Fragen in der Reihenfolge von 1996 zusammen mit der Position in den Fragebögen von 1985 und 1990 aufgeführt.

Übersicht 6: Fragenprogramm der ISSP-Umfrage 1996 "Einstellungen zu Staat und Regierung"

1996	1990	1985	ITEM
F1	F1	F2	Gesetze vs. Gewissen
F2 a.b.c F3a.b. F4a.b. F5	F2 a.c.f - - F3	F3 a.c.f - - F4 i.ii	Akzeptanz von Protestaktionen Bereitschaft, an Protestaktionen teilzunehmen Teilnahme an Protestaktionen Meinungsfreiheit (bei extremen Ansichten)
F6	F6	F6	Justizirrtum
F7	-	F7	Zugang des Staates zu Informationen über einzelne Bürger
F8	F9	F9	Einkommensunterschiede verringern
F9	F10	F21	Staatl. Maßnahmen für die Wirtschaft Gesetzl. Kontrolle der Löhne Gesetzl. Kontrolle der Preise Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen Weniger gesetzl. Vorschriften für Handel Unterstützung der Industrie bei Produkten und Technologie Arbeitsplätze sichern durch Unterstützung von niedergehenden Industriezweigen Arbeitsplätze sichern durch Arbeitszeitverkürzung
F10	F11	F22	Staatsausgaben Umweltschutz Gesundheitswesen Polizei und Strafverfolgung Bildungswesen Verteidigung Renten und Pensionen Arbeitslosenunterstützung Kunst und Kultur
F11a.b.c	FS13-15	FS26-28	Macht von Institutionen und Organisationen Gewerkschaften Handel und Industrie Staat

1996	1990	1985	ITEM
F12. j. neu	F18a.-i.	F30a.-g.	Verantwortlichkeit des Staates Arbeitsplatz bereitstellen Preise kontrollieren Gesundheitsversorgung sichern Lebensstandard für alte Menschen sichern Hilfe für die Industrie Lebensstandard für Arbeitslose sichern Einkommensunterschiede abbauen Studenten aus einkommenschwachen Familien unterstützen Finanziell Schwachen Wohnung zur Verfügung stellen Gesetze, damit Industrie weniger Umweltschäden verursacht
F13	F2.19	-	Interesse an Politik
F14	-	-	Vertrauen in die Politik & 'Efficacy' Kein Einfluß auf die Regierung Einfluß auf Regierung Politiker haben keinen Einfluß auf die Regierung Habe guten Einblick in die pol. Probleme (Deutschland) Wahlen bringen die Regierung dazu, auf die Meinung der Menschen zu achten Die meisten Leute sind besser über Politik informiert als ich Politiker versuchen, Wahlversprechen zu halten Die meisten Regierungsbeamten tun das Beste für das Land
F15	-	-	Wie funktioniert das demokratische System?
F16	-	-	Steuern Steuern senken oder mehr für Sozialleistungen ausgeben
F17	(1992 S.I)	(1987 S.I.)	Bewertung der aktuellen Steuersituation
F 18	vgl. F17	vgl. F29	Privatisierung vs. Verstaatlichung

„Einstellungen zu Staat und Regierung“ war Thema der ersten Umfrage des ISSP im Jahr 1985. Die damals in das Programm des ISSP übernommenen Fragen wurden als besonders relevant für dieses Thema aus einem größeren Satz bewährter Indikatoren ausgewählt. Sie entstammen entweder aus anderen bekannten international vergleichenden Studien, wie der *Civic Culture*-Studie (vgl. Almond/Verba 1963) und der *Political Action*-Studie (vgl. Barnes/Kaase 1979), oder wurden aus den laufenden Erhebungsprogrammen von NORC, SCPR, ANU und ZUMA entnommen.

Der Fragebogen der ersten Erhebung war für eine durchschnittliche Interviewzeit von 30 Minuten konzipiert (vgl. Hippler 1986). Ab 1987 sind alle ISSP-Studien auf eine Erhebungszeit von 15 Minuten (etwa 60 Items) ausgelegt. Die Erhebung der jeweils notwendigen demographischen Merkmale geht nicht in diese Zeitberechnung ein.

Gegenüber der Erhebung von 1985 mußte 1990 der Fragebogen um etwa die Hälfte gekürzt werden. Die Kürzung betraf vornehmlich Items zur staatlichen Unterstützung junger Menschen (*Arbeit, Studium, Stipendien*), zum *staatlichen Kinderschutz* und zu *schulischen Erziehungszielen*. Gestrichen wurden auch Fragen zu den *Kompetenzen der Polizei* und Fragen zu gesetzlichen Verhaltensvorschriften (*Rauchverbot, Sicherheitsgurtpflicht*) und zum *Renteneintrittsalter*. Hinzu kamen 1990 Einstellungsfragen zu Personen, die *politische Aktionen planen*, und zur *Arbeit der Gewerkschaften*. Diese Fragen wurden in der Erhebung von 1996 nicht repliziert.

Wie in Übersicht 6 ausgeführt, kamen 1996 insbesondere neue Fragen zum *politischen Vertrauen* und zur *Efficacy (Wirksamkeit)* hinzu, um diese aus demokratietheoretischer Sicht wichtigen Bereiche ausführlicher abzudecken. Dazu gehören Fragen zur *externen Efficacy* (Einschätzung der Fairness des politischen Systems), *internen Efficacy* (Einschätzung der eigenen Wirksamkeit in der Politik) sowie Fragen zum *Vertrauen* in das politische System und dessen Vertreter (Einschätzungen, ob politische Akteure und Institutionen sich entsprechend bestimmter Erwartungen verhalten). Die Fragen des 1985er und 1990er Modules zum Thema *Steuern* wurden ersetzt durch Fragen aus den Erhebungen zu „Sozialer Ungleichheit“ (1987/92), die die *einkommensabhängige Umverteilung von Steuern* betreffen. Zusätzlich wurde eine Frage zur Entscheidung zwischen *Steuersenkungen* und *Sozialausgaben* aufgenommen. Gestrichen wurde jetzt auch die zweite Frage zur *Kompetenz der Polizei* (1985/90) und Fragen zur staatlichen Förderung von Frauen (*Studium, Einkommen* und *Arbeitsplätze*).

4. Das Stichprobenverfahren des ALLBUS/ISSP 1996

4.1 Die wichtigsten Informationen im Überblick

Die Grundgesamtheit des ALLBUS/ISSP 1996 besteht aus den in der Bundesrepublik Deutschland in Privathaushalten lebenden erwachsenen Personen. Wie bereits im ALLBUS 1994 (vgl. Koch et al. 1994: 54ff) wurde die Stichprobe mit Hilfe eines zweistufigen Ziehungsverfahrens gebildet, bei dem zunächst eine Stichprobe von Gemeinden gezogen wurde und anschließend in den Gemeinden aus den Einwohnermelderegistern Personenadressen ausgewählt wurden. Mit Stichprobenziehung und Feldarbeit war die Infratest Sozialforschung GmbH in München betraut.

In der ersten Stufe wurden 104 Gemeinden in Westdeutschland und 47 in Ostdeutschland ausgewählt. Drei Großstädte in Westdeutschland und zwei in Ostdeutschland gelangten aufgrund ihrer Größe mehrmals in die Stichprobe, d. h. auf sie entfielen jeweils mehrere Sample Points. In der zweiten Stufe wurden aus den Einwohnermelderegistern der ausgewählten Gemeinden pro Sample Point 40 Personenadressen zufällig gezogen. Die Bruttostichprobe des ALLBUS/ISSP 1996 umfaßte damit die Adressen von insgesamt 6.480 Personen: 111 Sample Points à 40 Adressen im Westen und 51 Sample Points à 40 Adressen im Osten.

4.2 Die Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit des ALLBUS 1996 besteht aus allen in der Bundesrepublik Deutschland in Privathaushalten wohnenden Personen (Deutsche und Ausländer), die vor dem 1.1.1978 geboren wurden.

Personen, die in Anstalten leben, gehören nicht zur Grundgesamtheit. Allerdings konnten sie nicht von vornherein bei der Auswahl der Personen aus den Einwohnermelderegistern ausgeschlossen werden. Die betreffenden Adressen wurden entweder - sofern dies anhand der Adresse erkennbar war - vor der Feldarbeit im Umfrageinstitut ausgesondert, oder sie waren während der Feldarbeit von den Interviewern als in Anstalten lebende Personen zu deklarieren und nicht zu befragen. Sie wurden nicht zum einsetzbaren Brutto gezählt.

Das Auswahlverfahren über die Einwohnermelderegister hatte zur Folge, daß die Grundgesamtheit auf gemeldete Personen (erster Wohnsitz) begrenzt war. Insbesondere in der Ausländerbevölkerung schloß dies vermutlich eine gewisse Zahl von Personen aus, allerdings dürften nichtgemeldete Ausländer ohnehin kaum für derartige Umfragen zu gewinnen sein.

4.3 Die erste Ziehungsstufe: Auswahl der Gemeinden

Bei der Stichprobenziehung für den ALLBUS/ISSP 1996 waren die Auswahlseinheiten in der ersten Stufe die Gemeinden. Zuerst wurde eine Mikrostratifizierung der Gemeinden getrennt für West- und Ostdeutschland vorgenommen, wobei die Gemeinden nach Bundesländern, Regierungsbezirken, Kreisen und den BIK-Stadtregionen geschichtet wurden (zu den BIK-Stadtregionen vgl. Behrens 1994). Innerhalb einer Schicht (=Zelle) wurden die Gemeinden der Bevölkerungsgröße nach angeordnet. Da es im Westen 328 Kreise und 10 BIK-Typen gibt, waren theoretisch 3.280 Zellen durch die Schichtung möglich. Im Osten sind es 117 Kreise und daher theoretisch 1.170 Zellen. Einige dieser Zellen waren natürlich leer - nämlich dann, wenn in dem betreffenden Kreis keine Gemeinde des entsprechenden BIK-Typs existierte (vgl. Übersicht 7).

Im Anschluß an die Schichtung wurden die Sample Points auf das Schichttableau verteilt („Allokation“). Die Sample Points stellen in diesem Kontext eine festgelegte Zahl von Personenadressen dar, die in der zweiten Auswahlstufe aus dem Melderegister der ausgewählten Gemeinden gezogen werden sollten. In der Regel entsprach ein Sample Point einer Gemeinde, auf große Gemeinden konnten jedoch auch mehrere Sample Points entfallen. Wegen des disproportionalen Stichprobenumfangs für West- und Ostdeutschland wurde die Allokationsrechnung für beide Teile Deutschlands getrennt durchgeführt. Basis für die Allokation waren in West- und Ostdeutschland Informationen zum Gebietsstand (zum 30.6.1995) und Stand der Bevölkerung ab 20 Jahren am Ort der Hauptwohnung (zum 31.12.1993).

Übersicht 7: Ausschnitt aus dem Schichttableau: Schichtgewichte und ein Beispiel für eine mögliche Verteilung der Sample Points - ALLBUS 1996*

Kreis	BIK-TYP Einwohner										Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Schleswig-Holstein	unter 2.000	2.000 - 5.000	5.000 - 20.000	20.000- 50.000	50.000- 100.000 (Rand)	50.000- 100.000 (Kern)	100.000- 500.000 (Rand)	100.000- 500.000 (Kern)	500.000 und mehr (Rand)	500.000 und mehr (Kern)	
KS Flensburg	--	--	--	--	--	--	--	0,1516	--	--	0,1516
KS Kiel	--	--	--	--	--	--	--	0,4424	--	--	0,4424
KS Lübeck	--	--	--	--	--	--	--	0,3801 ¹	--	--	0,3801 ¹
KS Neumünster	--	--	--	--	--	0,1392	--	--	--	--	0,1392
Dithmarschen	0,0867	0,0527	0,0454	0,0358	--	--	--	--	--	--	0,2206
Herzogtum Lauenburg	0,0825	--	0,0802	--	--	--	0,0113	--	0,0663	0,0410	0,2813
Nordfriesland	0,1113	0,0627	0,0515 ¹	0,0366	--	--	--	--	--	--	0,2621 ¹
Ostholstein	0,0320	0,0387	0,1782	--	--	--	0,0508	0,0355	--	--	0,3352
Pinneberg	0,0420	0,0225	0,0461	0,0782	--	--	--	--	0,0896	0,2019	0,4803
Plön	0,0665	0,0082	0,0321	--	--	--	0,0778	0,0261	--	--	0,2107
Rendsburg-Eckernförde	0,1379 ¹	0,0556	0,0387	0,0924	--	--	0,0783	0,0218	--	--	0,4248 ¹
Schleswig-Flensburg	0,1361	0,0376	0,0264	0,0464	--	--	0,0580	--	--	--	0,3045
Segeberg	0,0844	0,0227	0,0688	--	0,0069	--	--	--	0,0842	0,1216 ¹	0,3887 ¹
Steinburg	0,0765	0,0427	0,0432	0,0589	--	--	--	--	--	--	0,2212
Stormarn	0,0533	0,0072	0,0229	0,0374	--	--	--	--	0,1548 ¹	0,0754	0,3510 ¹
Summe	0,9093 ¹	0,3508	0,6333 ¹	0,3857	0,0069	0,1392	0,2762	1,0575 ¹	0,3950 ¹	0,4400 ¹	4,5938 ⁵
Hamburg											
KS Hamburg, Freie und Hansestadt	--	--	--	--	--	--	--	--	--	3,0266 ³	3,0266 ³

* Gewicht ist proportional zur Zahl der Bevölkerung ab 20 Jahren am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1993, Summe der Gewichte = 111.

¹ = Bsp. für eine mögliche Verteilung der Sample Points; aus Datenschutzgründen enthält das Bsp. nicht die im ALLBUS 1996 tatsächlich realisierte Aufteilung der Sample Points.

Für die Allokation wurde dem Ziehungsprogramm die Zahl der auszuwählenden Sample Points vorgegeben (111 Points im Westen und 51 im Osten). Die Verteilung der Sample Points auf die einzelnen Zellen erfolgte dann mit einer Wahrscheinlichkeit proportional zum Schichtgewicht. Das Schichtgewicht bestand aus der Zahl der erwachsenen Einwohner (exakter: der 20jährigen und älteren, da die eigentlich interessierende Abgrenzung ab 18 Jahren nicht für alle Gemeinden verfügbar war) der Gemeinden einer Schicht, die mit Hauptwohnung in den betreffenden Gemeinden gemeldet waren. Die Gewichte wurden dabei so normiert, daß ihre Summe gerade die Zahl der Sample Points ergab. Dieses Vorgehen führte zu Dezimalbrüchen als Auswahlwahrscheinlichkeit von Gemeinden in einer Zelle. Da aber nur „ganze“ Gemeinden selektiert werden konnten, mußte die ursprüngliche Verteilung gerundet werden. Ein Beispiel: Im ALLBUS 1996 betrug das Schichtgewicht für die Gemeinden vom BIK-Typ 'unter 2.000 Einwohner' im Kreis Rendsburg-Eckernförde 0,1379 (vgl. Übersicht 7). Eine kontrollierte Zufallsauswahl sorgte dafür, daß in diesem Fall entweder ein oder kein Sample Point in der Schicht ausgewählt wurde. Entsprechend gelangten bei einem Schichtgewicht von 3,0266 - wie es Hamburg aufwies - entweder drei oder vier Sample Points in die Stichprobe. Wieviele Gemeinden tatsächlich gezogen wurden, wurde über ein Computerprogramm gesteuert, das sicherstellte, daß nach der Auswahl die Verteilung der Gemeinden in der Stichprobe hinsichtlich Bundesland, Regierungsbezirk und BIK-Typ mit der in der Gesamtheit praktisch übereinstimmte.

Die wesentlichen Elemente dieses Verfahrens waren

- die Rundung gebrochener Zellenbesetzungen mit Wahrscheinlichkeit proportional zum Wert der Nachkommastellen,
- die iterative Anpassung der Zellenbesetzung an die jeweiligen Randsummen,
- die Begrenzung der Differenz zwischen gebrochener (originaler) Zellenbesetzung und ganzzahliger Zellenbesetzung nach der Allokation auf Werte kleiner 1.

Die Gemeindeauswahl innerhalb einer Schicht wurde im Anschluß an die Allokationsrechnung durch systematische Ziehung mit Zufallsstart realisiert. Wurde dabei eine Gemeinde mehrmals getroffen - d. h. entfiel auf sie mehr als ein Sample Point -, dann mußten in dieser Gemeinde in der zweiten Stufe entsprechend mehr Adressen ausgewählt werden.

Nach dem beschriebenen Verfahren wurden 104 Gemeinden in Westdeutschland und 47 in Ostdeutschland ausgewählt. Mehrere Großstädte gelangten aufgrund ihrer Größe mehrmals in die Stichprobe. In Westdeutschland waren dies Hamburg (drei Sample Points), München (drei Sample Points) und West-Berlin (vier Sample Points), in Ostdeutschland Dresden (zwei

Sample Points) und Ost-Berlin (4 Sample Points). In jedem der damit 162 Sample Points (111 im Westen und 51 im Osten) sollten 40 Personenadressen zum Einsatz gelangen.

Da von den ausgewählten 151 Gemeinden vier (zwei im Westen, zwei im Osten) nicht zur Adreßziehung in der zweiten Auswahlstufe bereit bzw. in der Lage waren, mußten diese gegen Ersatzgemeinden ausgetauscht werden. Beim Tausch wurde darauf geachtet, daß Kreis und BIK-Typ der ursprünglichen und der neuen Gemeinden übereinstimmten. In einem Fall mußte jedoch auf eine Gemeinde aus einem anderen Kreis desselben Regierungsbezirks zurückgegriffen werden.

4.4 Die zweite Ziehungsstufe: Auswahl der Zielpersonen in den Gemeinden

4.4.1 Die Anzahl der gezogenen Personenadressen

In jedem gezogenen Sample Point der Stichprobe des ALLBUS/ISSP 1996 sollten 40 Personenadressen zum Einsatz gelangen. Zusätzlich waren für jeden Sample Point 12 Adressen vorgesehen, die als Ersatz für auftretende stichprobenneutrale Ausfälle (z. B. wegen fehlerhafter Adressen oder zwischenzeitlich verzogener bzw. verstorbener Zielpersonen) dienen sollten. Um darüber hinaus eine gewisse Zahl von Reserveadressen zur Verfügung zu haben, wurden in jeder Gemeinde pro Sample Point 60 Adressen gezogen.

Eine Ausnahme von diesem Vorgehen bildeten Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Da bei einer Ziehung von Adressen aus allen Einwohnern einer Gemeinde die Befragungsadressen über das gesamte Gemeindegebiet streuen können, nehmen bei einer festen Zahl von Adressen pro Gemeinde die Entfernungen zwischen den zu befragenden Zielpersonen tendenziell mit der Größe der Gemeinde zu. Um die Wegestrecken der Interviewer - und damit die Kosten der Feldarbeit - in Großstädten etwas zu verringern, wurde folgendermaßen verfahren: In Gemeinden mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern wurde der doppelte Ansatz (120 Adressen) pro Sample Point gezogen, in Gemeinden mit 200.000 und mehr Einwohnern der dreifache Ansatz (180 Adressen). Die Adressen wurden bei ZUMA zu regionalen Klumpen à 15 Adressen zusammengefaßt, wobei man sich von einem Punkt an der Peripherie der Gemeinde ausgehend in „schneckenhausartiger“ Weise bis zum Zentrum der Stadt vorarbei-

tete (vgl. Gabler 1996). Anschließend wurde die Hälfte bzw. ein Drittel der Klumpen systematisch zufällig für den tatsächlichen Einsatz ausgewählt. Zum Tragen kam dieses Vorgehen in 33 Großstädten im Westen und 11 im Osten.

Eine weitere Besonderheit betraf zwei hessische Großstädte und die Stadt Bremen. Aufgrund der Gebührenordnung dieser Gemeinden wäre die Ziehung aus der Menge aller Einwohner, die zur Grundgesamtheit des ALLBUS zählen, zu teuer gewesen. Deshalb wurde in diesen Gemeinden eine zusätzliche Auswahlstufe eingeführt, in der jeweils vier Stadtteile bzw. Auswahlflächen im Anschluß an eine regionale Anordnung durch eine größenproportionale systematische Zufallsauswahl bestimmt wurden. Die Inklusionswahrscheinlichkeiten für die Stadtteile waren - analog zur Auswahl der Gemeinden - proportional zur Zahl der Personen ab 20 Jahren, die mit Hauptwohnsitz in dem betreffenden Stadtteil gemeldet waren (Stand 31.12.1993). Von den Einwohnermeldeämtern wurden dann in jedem gezogenen Stadtteil 15 Adressen zufällig ausgewählt.

4.4.2 Das Ziehungsverfahren

Die Auswahlgesamtheit bei der Ziehung der Personen in den Gemeinden bildeten die mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen, die vor dem 1. 1. 1980 geboren wurden. Gemäß dem vorgegebenen Geburtsdatum 1. 1. 1980 zählten damit alle Personen dazu, die zum Jahreswechsel 1995/1996 das 16. - und nicht wie für den ALLBUS 1996 eigentlich erforderlich das 18. - Lebensjahr vollendet hatten. Die 17-jährigen wurden bei der Adreßziehung berücksichtigt, weil die gezogene Stichprobe auch für die Erhebung des ISSP 1997 verwendet werden soll. Die zusätzliche Ausweitung auf die 16-jährigen wurde vorgenommen, um sich die Option auf die eventuelle Nutzung der Stichprobe im Jahr 1998 offenzuhalten. Bei der Durchführung des ALLBUS 1996 wurden die Adressen der Personen dieser beiden Altersjahrgänge nicht eingesetzt.

Die Auswahl der Zielpersonen in den Einwohnermeldeämtern sollte in der Regel durch eine Intervallziehung (systematische Zufallsauswahl) erfolgen. Das Verfahren, das Infratest den Einwohnermeldeämtern dazu vorgegeben hatte, sah folgendermaßen aus: Zunächst mußte die Zahl der Personen ermittelt werden, die zur Auswahlgesamtheit zählten. Zur Bestimmung des Ziehungsintervalls sollte die ermittelte Zahl durch die Anzahl der zu ziehenden Adressen

dividiert und ganzzahlig abgerundet werden. Die Startzahl, von der ausgehend die Ziehung erfolgen sollte, wurde ermittelt, indem das Ziehungsintervall durch 2 dividiert und das Ergebnis wiederum ganzzahlig abgerundet wurde. Stellt man sich nun vor, die Adressen im Melderegister wären durchnummeriert, dann war als erste Adresse diejenige auszuwählen, deren Nummer der Startzahl entsprach. Die Nummern der weiteren zu bestimmenden Adressen wurden durch die fortlaufende Addition des Ziehungsintervalls erzeugt. In nahezu allen Gemeinden (103 in Westdeutschland und 44 in Ostdeutschland) erfolgte die Personenauswahl nach diesem Verfahren.

Eine Ausnahme bildeten lediglich eine Gemeinde in Westdeutschland und drei Gemeinden in Ostdeutschland, bei denen die Adressen nach Geburtsdatenvorgaben gezogen wurden. Bei der Ziehung nach Geburtsdatenvorgaben wurden 60 Geburtsdaten - die sich gleichmäßig über das ganze Jahr verteilten - vorgegeben. Die Auswahl der Geburtsdaten erfolgte proportional zur Altersstruktur der Gemeinde. Im Einwohnermeldeamt wurde zu jedem dieser Geburtsdaten die erste Person ausgewählt, die zu diesem Geburtsdatum in der Datei gespeichert war. Falls unter einem Geburtsdatum keine Person enthalten war, wurde der auf das vorgegebene Datum folgende Tag verwendet.

4.4.3 Die Bildung der Stichprobe aus den gelieferten Personenadressen

Insgesamt wurden von den Einwohnermeldeämtern 15.594 Personenadressen für die Stichprobe des ALLBUS/ISSP 1996 bereitgestellt. Mit Ausnahme einer Gemeinde in Ostdeutschland, die nicht bereit war, das Alter der Zielpersonen mitzuteilen, wurden von allen Gemeinden neben der Adresse auch Informationen zum Geschlecht, Alter bzw. Geburtsjahr und der Nationalität (lediglich Unterscheidung deutsch/nicht-deutsch) der ausgewählten Personen mitgeliefert.

Zur Bildung der Bruttostichprobe aus den gelieferten Personenadressen wurde zunächst in den 44 Großstädten mit überhöhtem Stichprobenansatz mit Hilfe der Zufallsauswahl von Befragungs-Klumpen eine Reduzierung auf den einfachen Stichprobenansatz vorgenommen (vgl. Abschnitt 4.4.1). Danach lagen für alle 162 Sample Points ca. 60 Personenadressen vor. Diese mußten nun auf das einzusetzende Brutto von 6.480 Adressen (111 Sample Points à 40

Adressen in Westdeutschland und 51 Sample Points à 40 Adressen in Ostdeutschland) plus die $162 \times 12 = 1.944$ Ersatzadressen für stichprobenneutrale Ausfälle reduziert werden. Für die Vorbereitung der Feldarbeit waren außerdem die 40 bzw. - incl. der Ersatzadressen - 52 Adressen jedes Sample Points in jeweils vier Klumpen à 10 bzw. 13 Adressen aufzuteilen, da in der Regel jeder Interviewer im Hauptfeld einen Klumpen à 10/13 Adressen bearbeiten sollte.

Als erster Schritt wurden aus den Adressen die beim ALLBUS/ISSP 1996 nicht verwendbaren ausgesondert. Dies betraf die 16- und 17-jährigen sowie die Personen, bei denen es anhand der Adresse erkennbar war, daß sie in einer Anstalt lebten. Außerdem wurde in den - wenigen - Fällen, bei denen Nachnamens- und Adreßgleichheit auf die Zugehörigkeit zweier Personen zum gleichen Haushalt hindeutete, eine Person zufällig gestrichen. In den Großstädten mit überhöhtem Stichprobenansatz waren die nicht einsetzbaren Adressen bereits vor der Zufallsauswahl von Befragungs-Clustern gestrichen worden.

Anschließend wurden die Adressen in jeder Gemeinde nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit geschichtet und jeweils eine Stichprobe von 52 Adressen pro Sample Point gezogen. Auf der Ebene der einzelnen Bundesländer wurde die Struktur der Stichprobe für die Merkmale Geschlecht, Alter (in 10 Jahrgänge umfassende Kategorien zusammengefaßt) und Staatsangehörigkeit (differenziert nach deutsch/nicht-deutsch) mit der aus der Bevölkerungsfortschreibung (Stand 31. 12. 1994) bekannten Sollstruktur dieser Merkmale verglichen. Traten Abweichungen größer als ein Prozentpunkt auf, wurde versucht, dies zu korrigieren, indem Adressen ausgetauscht wurden. Die Korrekturmöglichkeiten waren dabei abhängig von der Anzahl und der Struktur der einsetzbaren Reserveadressen, so daß nicht bei allen Abweichungen eine exakte Anpassung an die Randverteilungen dieser Merkmale hergestellt werden konnte.

Aus dieser Stichprobe mit $162 * 52$ Adressen wurde eine Unterstichprobe von $162 * 40$ Adressen gezogen, welche die eigentliche Bruttostichprobe darstellte. Auch hier wurde wieder - soweit möglich - eine Anpassung an die Sollstruktur aus der Fortschreibung 1994 vorgenommen. Die Adressen, die zwar in der $162 * 52$ Stichprobe enthalten waren, nicht aber in der Unterstichprobe, waren als Ersatz für potentielle stichprobenneutrale Ausfälle vorgesehen.

Für die drei Gemeinden, bei denen eine Auswahl in den Stadtteilen erfolgt war, und die 44 Gemeinden, bei denen der zwei- bzw. dreifache Ansatz von Adressen gezogen worden war, lagen die Adressen in den Sample Points bereits zusammengefaßt in jeweils vier regionale Klumpen à 10/13 Adressen vor. Für den Feldeinsatz mußten jetzt noch in den verbleibenden 104 Gemeinden die jeweils 40/52 Personenadressen in vier Klumpen à 10/13 Adressen aufgeteilt werden. Dies geschah nach räumlichen Kriterien wie der Postleitzahl, dem Ortsteil oder dem Straßennamen der Adressen.

4.5 Ost-West-Gewichtung bei Auswertungen für Gesamtdeutschland

In der Stichprobe des ALLBUS 1996 wurde Ostdeutschland - wie in allen ALLBUS-Erhebungen seit 1991 - bewußt überrepräsentiert, um auch für diesen Teil Deutschlands eine Fallzahl zu erzielen, die differenzierte Analysen für einzelne Bevölkerungsgruppen erlaubt. Wenn man mit den Daten eine Auswertung für ganz Deutschland durchführen will, ist deshalb unbedingt durch eine Gewichtung die Disproportionalität der Teilstichproben für West- und Ostdeutschland auszugleichen.¹ Bei Auswertungen auf *Personenebene* ist dazu die Zahl der Personen über 18 Jahren in West- und Ostdeutschland entsprechend Übersicht 8 heranzuziehen.²

Übersicht 8: Zahlen für die Ost-West-Gewichtung: Mikrozensus 1993 und ALLBUS 1996

Personen in Privathaushalten, 18 Jahre und älter	Mikrozensus 1993*			ALLBUS 1996		
	West (N _w)	Ost (N _o)	Gesamt (N)	West (n _w)	Ost (n _o)	Gesamt (n)
Deutsche	309.965	78.321	388.286	2.193	1.113	3.306
Ausländer	22.446	376	22.822	209	3	212
Gesamt	332.411	78.697	411.108	2.402	1.116	3.518

* Anonymisierte 70%-Unterstichprobe des Mikrozensus 1993 (ZUMA-File), Auswertung durch Achim Koch (ZUMA).

¹ Unter keinen Umständen ist es zulässig, Anteilswerte über alle Befragten - wie sie z. B. auch im Codebuch für die einzelnen Variablen ausgewiesen werden - als Schätzung für die Anteilswerte in Gesamtdeutschland zu interpretieren.

² Da beim ALLBUS/ISSP 1996 - im Unterschied zu den ALLBUS-Erhebungen 1980 bis 1992, in denen das ADM-Stichprobenverfahren verwendet worden war - die Personen mit gleichen Wahrscheinlichkeiten in die Stichprobe gelangten, entfällt die Notwendigkeit einer Designgewichtung („Transformation“), wenn Auswertungen auf Personenebene vorgenommen werden.

Mit der in Gabler (1994: 78) beschriebenen Formel lassen sich die Gewichtungsfaktoren für Analysen der erwachsenen (*deutschen und ausländischen*) Bevölkerung in Privathaushalten in ganz Deutschland folgendermaßen berechnen:

$$\begin{array}{l}
 \text{- im Westen} \quad \frac{n}{n_w} \times \frac{N_w}{N} = \frac{3518}{2402} \times \frac{332411}{411108} = 1.18425 \\
 \text{- im Osten} \quad \frac{n}{n_o} \times \frac{N_o}{N} = \frac{3518}{1116} \times \frac{78697}{411108} = 0.60344
 \end{array}$$

Eine entsprechende Gewichtungsvariable ist im Datensatz des ALLBUS 1996 enthalten (V434). Wird z. B. mit dem Programm SPSS für Windows gearbeitet, dann ist bei Auswertungen des ALLBUS 1996 für Gesamtdeutschland die Gewichtung wie folgt zu aktivieren:

WEIGHT BY V434.

FREQ oder andere Statistikprozedur.

Für Analysen der erwachsenen *deutschen* Bevölkerung in Privathaushalten in ganz Deutschland können in analoger Weise nach der obigen Formel Gewichtungsfaktoren berechnet werden. Die Werte für das Gewicht lauten dann:

$$\begin{array}{l}
 \text{- im Westen} \quad \frac{n}{n_w} \times \frac{N_w}{N} = \frac{3306}{2193} \times \frac{309965}{388286} = 1.20344 \\
 \text{- im Osten} \quad \frac{n}{n_o} \times \frac{N_o}{N} = \frac{3306}{1113} \times \frac{78321}{388286} = 0.59915
 \end{array}$$

Diese Gewichtungsvariable kann vom Nutzer definiert und für Analysen aktiviert werden. Zuerst werden dazu die Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (V4 = 1 oder 2) ausgewählt, und anschließend wird mit Hilfe der Ost-West-Variablen V3 die Gewichtungsvariable DGEWICHT definiert:

SEL IF (V4 EQ 1 OR V4 EQ 2).

IF (V3 EQ 1) DGEWICHT = 1.20344.

IF (V3 EQ 2) DGEWICHT = 0.59915.

WEIGHT BY DGEWICHT.

FREQ oder andere Statistikprozedur.

5 Die Feldphase des ALLBUS/ISSP 1996

5.1 Zeitlicher Ablauf

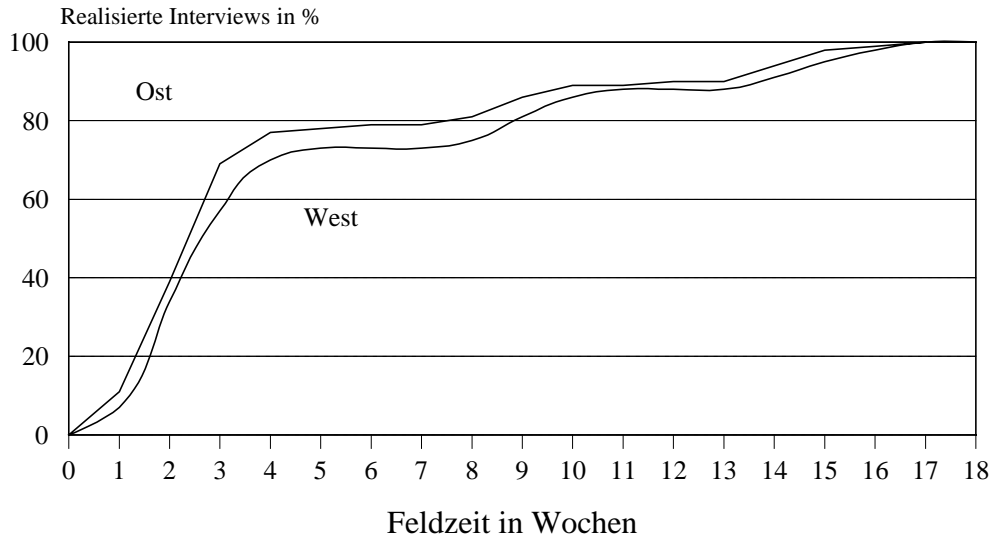
Die Feldphase des ALLBUS 1996 begann in West- und Ostdeutschland am 29.2.1996 und endete am 1.7.1996. In jedem Befragungsklumpen erhielten die Interviewer 10 Einsatzadressen und zusätzlich drei Ersatzadressen für stichprobenneutrale Ausfälle. Letztere durften nur in der festgelegten Reihenfolge und nur dann verwendet werden, wenn pro verwendeter Adresse zuvor ein stichprobenneutraler Ausfall nachprüfbar dokumentiert worden war. Bis auf wenige Ausnahmen ist diese Vorgabe in der Praxis korrekt umgesetzt worden (vgl. Abschnitt 5.3). Der viermonatige Befragungszeitraum umfaßte in beiden Teilen Deutschlands jeweils eine Hauptbearbeitung und drei Nachbearbeitungen, in denen insgesamt 2.402 auswertbare Interviews im Westen und 1.116 im Osten realisiert wurden (vgl. Übersicht 9).

Übersicht 9: Bearbeitete Adressen und realisierte Interviews in den einzelnen Bearbeitungsphasen des ALLBUS/ISSP 1996

	West N	Ost N	Gesamt N
Hauptfeld 29.2. - 15. 4.	4635	2139	6774
Realisierte Interviews	1774	910	2684
1. Nachbearbeitung 16. 4. - 20. 5.	1484	578	2062
Realisierte Interviews	345	96	441
2. Nachbearbeitung 23. 5. - 17. 6.	1015	358	1373
Realisierte Interviews	244	96	340
3. Nachbearbeitung 17. 6. - 1. 7.	125	38	163
Realisierte Interviews	39	14	53

In Abbildung 1 ist der Feldverlauf graphisch dargestellt. Getrennt für West- und Ostdeutschland ist der kumulierte Anteil der realisierten Interviews (an der Gesamtzahl aller realisierten Interviews) für die einzelnen Wochen der Feldzeit aufgeführt. In beiden Teilen Deutschlands wurde der Großteil der Interviews während der ersten vier Wochen realisiert. Nach diesem Zeitraum lagen im Westen 70 Prozent aller Interviews vor, im Osten 77 Prozent. Die Durchführung der verbleibenden Interviews nahm weitere vierzehn Wochen in Anspruch. Bis zur Interviewrealisierung waren im Westen durchschnittlich 3,5 Kontaktversuche notwendig, im Osten 2,9. Im ALLBUS 1994 waren es 3,3 bzw. 2,6 Kontaktversuche gewesen.

Abbildung 1: Anteil realisierter Interviews der ALLBUS/ISSP Erhebung 1996 im Zeitverlauf
- Westdeutschland (N=2.402) und Ostdeutschland (N=1.116)



5.2 Ausschöpfung

Die ursprüngliche Bruttostichprobe im ALLBUS 1996 bestand aus 4.440 Adressen in West- und 2.040 in Ostdeutschland. Hinzu kamen 499 Adressen im Westen und 206 im Osten, die als Ersatz für stichprobenneutrale Ausfälle zusätzlich eingesetzt wurden (vgl. Übersicht 10). An stichprobenneutralen Ausfällen waren insgesamt 509 Adressen (10,3 %) in Westdeutschland und 188 (8,4 %) in Ostdeutschland zu verzeichnen.¹ Wie bereits 1994 resultierte auch 1996 in beiden Teilen Deutschlands mehr als die Hälfte der stichprobenneutralen Ausfälle aus dem Umzug der ausgewählten Befragungsperson.

Die realisierten 2.402 bzw. 1.116 Interviews ergeben eine Ausschöpfungsquote von jeweils 54,2 % in West- und Ostdeutschland. Die Ausschöpfung entspricht damit dem Ergebnis, das bereits im ALLBUS 1994 erzielt worden ist.

¹ In Ostdeutschland liegt die Zahl der eingesetzten Ersatzadressen geringfügig über der Zahl der als stichprobenneutral deklarierten Ausfälle, da in einigen wenigen Fällen die Vorgaben zum Ersatz stichprobenneutraler Ausfälle nicht korrekt eingehalten wurden. Die durchgeführten Kontrollen aller als stichprobenneutral deklarierten Ausfälle ergaben in 39 Fällen Hinweise auf ein fehlerhaftes Vorgehen.

Übersicht 10: Ausschöpfung ALLBUS/ISSP 1994 und 1996

		West				Ost			
		1994		1996		1994		1996	
		N	%	%	N	N	%	%	N
	Ursprüngliche Bruttostichprobe	4440	100.0	100.0	4440	2040	100.0	100.0	2040
+	Zusätzlich eingesetzte Adressen als Ersatz für stichprobenneutrale Ausfälle	407	9.2	11.2	499	134	6.6	10.1	206
=	Bruttostichprobe	4847	100.0	100.0	4939	2174	100.0	100.0	2246
./.	Stichprobenneutrale Ausfälle insgesamt	445	9.2	10.3	509	167	7.7	8.4	188
	- Adresse falsch, existiert nicht (mehr)	112	2.3	2.0	99	40	1.8	1.6	35
	- Zielperson verstorben	24	0.5	0.5	25	11	0.5	0.4	9
	- Zielperson verzogen	258	5.3	6.6	324	88	4.0	5.5	123
	- Zielperson lebt in Anstalt und nicht in Privathaushalt	37	0.8	1.2	61	13	0.6	0.9	21
	- Zielperson zu jung*	14	0.3	--	--	15	0.7	--	--
=	Bereinigter Stichprobenansatz	4402	100.0	100.0	4430	2007	100.0	100.0	2058
./.	Systematische Ausfälle insgesamt	2060	46.8	45.8	2028	899	44.8	45.8	942
	- Im Haushalt niemand angetroffen	74	1.7	3.1	137	30	1.5	2.2	45
	- Zielperson nicht angetroffen	49	1.1	1.6	70	38	1.9	1.2	25
	- Zielperson nicht befragungsfähig	125	2.8	3.2	142	88	4.4	3.2	66
	- Zielperson aus Zeitgründen nicht zum Interview bereit	100	2.3	3.1	137	46	2.3	2.4	50
	- Zielperson generell nicht zum Interview bereit	1563	35.5	32.5	1438	673	33.5	35.9	739
	- Zielperson spricht nicht hinreichend gut deutsch	99	2.2	1.5	68	4	0.2	0.6	12
	- Interview nicht korrekt durchgeführt	50	1.1	0.8	36	20	1.0	0.2	5
=	Auswertbare Interviews	2342	53.2	54.2	2402	1108	55.2	54.2	1116
	ISSP-Fragebogen ausgefüllt	2324	(99.2)	(98.3)	2361	1097	(99.0)	(99.4)	1109

*nur in Gemeinden, die das exakte Alter der Zielperson nicht mitgeteilt haben

Auch in der Verteilung der Ausfallursachen besteht weitgehende Übereinstimmung mit dem ALLBUS 1994. Hauptausfallursache ist nach den Angaben der Interviewer wiederum die mangelnde Kooperationsbereitschaft von Zielpersonen: In 35,6 % (West) bzw. 38,3 % (Ost) aller Fälle kam das Interview aus diesem Grund nicht zustande. Probleme der Erreichbarkeit (4,7 % bzw. 3,4 %) oder mangelnder Befragungsfähigkeit aufgrund von körperlich/geistigen Beeinträchtigungen (jeweils 3,2 %) spielen im Vergleich dazu als Ausfallursache nur eine untergeordnete Rolle. Da die ALLBUS/ISSP-Befragung in deutscher Sprache erfolgt, konnte auch 1996 bei einem Teil der Zielpersonen (1,5 % bzw. 0,6 %) das Interview aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse nicht durchgeführt werden. Dies betraf hauptsächlich Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Wie bereits 1994 haben auch 1996 nahezu alle Teilnehmer an der mündlichen ALLBUS-Befragung anschließend den ISSP-drop-off-Fragebogen beantwortet. In ca. zwei Drittel aller Fälle wurde der ISSP-Fragebogen vom Befragten selbst ausgefüllt, in einem Drittel der Fälle wurde er vom Interviewer abgefragt.

5.3 Interviewereinsatz und -kontrolle

An der Durchführung des ALLBUS 1996 waren in Westdeutschland 323, in Ostdeutschland 189 Interviewer beteiligt (vgl. Übersicht 11). Ohne Interviewerfolg blieben 11 Prozent aller Interviewer im Westen und 13 Prozent der Interviewer im Osten. In beiden Teilen Deutschlands hat die Mehrzahl der Interviewer zwischen einem und neun Interviews realisiert.

Übersicht 11: Realisierte Interviews je Interviewer beim ALLBUS 1996

Anzahl realisierter Interviews	West		Ost	
	N	%	N	%
0	35	10.8	25	13.2
1-4	95	29.4	68	36.0
5-9	93	28.8	60	31.7
10-14	50	15.5	22	11.6
15-19	34	10.5	7	3.7
20-26	15	4.6	7	3.7
52	1	0.3	--	--
Gesamt	323	100.0	189	100.0

Zur Kontrolle der korrekten Durchführung der realisierten Interviews wurden im ALLBUS 1996 die aus den Einwohnermeldeämtern vorliegenden Daten zu Geschlecht und Alter direkt nach dem Eintreffen der Fragebögen im Umfrageinstitut mit den betreffenden Angaben im Interview verglichen. Alle Fälle, bei denen Abweichungen im Alter von mehr als zwei Jahren oder Abweichungen beim Geschlecht auftraten, wurden einzelfallbezogen kontrolliert. Vorrangig wurde dabei versucht, mit der Zielperson oder dem Zielhaushalt telefonisch in Kontakt zu treten, um abzuklären, ob das Interview korrekt durchgeführt wurde und wie sich die Alters-/Geschlechtsabweichungen erklären lassen. Insgesamt wurden 224 Fälle kontrolliert: 208 Fälle mit einer Altersabweichung von mehr als zwei Jahren, 12 Fälle mit unterschiedlichen Informationen zum Geschlecht und 4 Fälle mit Abweichungen bei Alter und Geschlecht. Zusätzlich wurden 18 Fälle in die Kontrolle einbezogen, bei denen die Qualität der Angaben im Fragebogen zweifelhaft war.

Von den 242 kontrollierten Interviews wurden 39 storniert, da ein starker Verdacht auf Fälschung vorlag bzw. von den Interviewern die absichtliche Befragung von Ersatzpersonen zugegeben wurde. Neun weitere Fälle wurden wegen mangelhafter Qualität der Angaben im Interview gestrichen. Bei den verbleibenden 194 Fällen war 44mal keine endgültige Klärung möglich. In 106 Fällen wurde die Durchführung des Interviews bestätigt, wobei 72 Zielpersonen die Angaben zu Geschlecht bzw. Alter im Interview und 34 Zielpersonen die betreffenden Angaben des Einwohnermeldeamtes als korrekt bezeichneten. In 44 Fällen wurde irrtümlicherweise eine falsche Person im Zielhaushalt befragt. Dies war insbesondere dann möglich, wenn in einem Haushalt mehrere Personen mit gleichem Vor- und Nachnamen (z. B. Vater und Sohn) lebten.

Zusätzlich zu den schon angesprochenen Kontrollmaßnahmen wurden alle als stichprobenneutral deklarierten Ausfälle überprüft. Hierzu wurde bei allen stichprobenneutralen Ausfällen zunächst eine Postanschriftenkontrolle durchgeführt. In den Fällen, in denen die Post angab, daß die Adresse - entgegen den Angaben der Interviewer - in Ordnung sei, wurde versucht, über den Zielhaushalt bzw. - falls dies nicht möglich war - über den Interviewer eine Klärung herbeizuführen. Bei den mehr als 700 überprüften Angaben ergab sich in der überwiegenden Mehrzahl kein Hinweis auf Unregelmäßigkeiten. Lediglich 39 von den Interviewern als stichprobenneutral klassifizierte Ausfälle erwiesen sich als unplausibel bzw. falsch, in weiteren 96 Fällen konnte keine Klärung herbeigeführt werden.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch, daß bei der Datenaufbereitung zwei weitere Fälle gestrichen wurden, weil die Interviews mit Personen durchgeführt worden waren, die nicht in einem Privathaushalt wohnten, sondern zur Anstaltsbevölkerung zählten.

5.4 Interviewsituation

In beiden Teilen Deutschlands wurde in ca. zwei Drittel aller Fälle das Interview alleine mit dem Befragten durchgeführt (vgl. Übersicht 12). Bei ungefähr jedem vierten Interview war der Ehepartner anwesend, in knapp zehn Prozent aller Fälle sonstige Personen (zumeist Kinder oder andere Familienangehörige). In Ost und West attestierten die Interviewer mehr als 80 Prozent der Befragten eine gute Antwortbereitschaft. In 95 Prozent aller Fälle bewerteten die Interviewer die Angaben der Befragten als insgesamt zuverlässig.

Übersicht 12: Interviewsituation beim ALLBUS 1996 (in %)

	West	Ost
Anwesenheit dritter Personen		
- Interview mit Befragtem allein	69.0	67.2
- Ehepartner/Partner anwesend	21.8	24.9
- Sonstige Personen anwesend	9.2	7.9
N	2391	1108
Antwortbereitschaft des Befragten		
- Gut	85.1	81.8
- Mittelmäßig	11.4	14.0
- Schlecht	3.5	4.2
N	2388	1105
Zuverlässigkeit der Angaben		
- Insgesamt zuverlässig	95.2	94.2
- Insgesamt weniger zuverlässig	3.1	2.8
- Bei einigen Fragen weniger zuverlässig	1.8	3.0
N	2388	1109
Interviewdauer		
- bis 39 Minuten	14.3	8.1
- 40-49 Minuten	26.1	24.0
- 50-59 Minuten	23.1	22.0
- 60-69 Minuten	15.7	18.9
- 70-79 Minuten	9.4	11.0
- 80 Minuten u. länger	11.4	16.0
Durchschnitt	55.2 Minuten	59.2 Minuten
N	2375	1108

Die Durchführung des mündlichen ALLBUS-Interviews hat in Westdeutschland durchschnittlich 55 Minuten in Anspruch genommen, in Ostdeutschland 59 Minuten. Sie lag damit etwas höher als 1994, wo die Interviews im Mittel 53 bzw. 56 Minuten dauerten.

Literatur

- Adorno, T.W./Frenkel-Brunswik, E./Levinson, D.J./ Sanford, R.N. (1950): *The Authoritarian Personality*. New York: Harper and Row.
- Ahrendt, D./Jowell, R. (1996):. The 1996 ISSP Role of Government module. (Interne ISSP Dokumentation, London: SCPR).
- Alba, R. D. (1990): *Ethnic Identity: The Transformation of White America*. New Haven, London: Yale University Press.
- Alba, R. D. (1994): Proposal for an ALLBUS module on attitudes towards ethnic minorities in the Bundesrepublik. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Allport, G. (1954): *The Nature of Prejudice*. Boston: Beacon Press.
- Almond, G. A./Verba, S. (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Alwin, D. F. (1990): Cohort Replacement and Changes in Parental Socialization Values. In: *Journal of Marriage and the Family*, 52, S.347-360.
- Barnes, S./Kaase, M. (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills: Sage.
- Beckmann, P./ Trometer, R. (1991): Neue Dienstleistungen des ALLBUS: Haushalts- und Familientypologien, Goldthorpe-Klassenschema. In: *ZUMA-Nachrichten*, 28, S. 7-17
- Behrens, K. (1994): Schichtung und Gewichtung - Verbesserung der regionalen Repräsentanz. In: S. Gabler/J. H.P. Hoffmeyer-Zlotnik/D. Krebs (Hrsg.): *Gewichtung in der Umfragepraxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 27-41.
- Bergmann, W. (1990): Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen von 1946-1987 in der Bundesrepublik Deutschland. In: W. Bergmann/ R. Erb (Hrsg.): *Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 109-130.
- Bergmann, W./Erb, R. (1991): *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989*. Opladen: Leske + Budrich.
- Billiet, J. B./ Carton, A. (1995): The Risk of Measuring Ethnic Prejudice with Unbalanced Scales among Respondents and...Interviewers. Paper presented at the International Conference on Survey Measurement and Process Control, Bristol.
- Blalock, H.M. (1967): *Toward a Theory of Minority-Group Relations*. New York: Wiley.
- Blank, T./ Schmidt P. (1997, in Druck): Konstruktiver Patriotismus im vereinigten Deutschland? Ergebnisse einer repräsentativen Studie. In: Mummendey, A./Simon, B. (Hrsg.): *Identität und Verschiedenheit*. Bern: Huber.
- Blank, T./ Schmidt, P. (1993): Verletzte oder verletzende Nation? Empirische Befunde zum Stolz auf Deutschland. In: *Journal für Sozialforschung*, 33, S. 391-415.
- Blank, T./ Schwarzer, S. (1994): Ist die Gastarbeiterskala noch zeitgemäß? Die Reformulierung einer ALLBUS-Skala. In: *ZUMA-Nachrichten*, 34, S. 97-115.
- Blank, T./ Wasmer, M. (1996): Gastarbeiter oder Ausländer? Ergebnisse des Splits mit den reformulierten Gastarbeiterfragen im ALLBUS 1994. In: *ZUMA-Nachrichten*, 38, S.45-69.
- Bobo, L./ Smith, R. A. (1994): From Jim Crow Racism to Laissez-Faire Racism: An Essay on the Transformation of Racial Attitudes in America. Unveröffentlichtes Manuskript.

- Bohrnstedt, G.W./ Mohler, P.Ph./ Müller, W. (Hrsg.): An Empirical Study of the Reliability and Stability of Survey Research Items. Special Issue of: Sociological Methods and Research, 15.
- Böltken, F. (1994): Angleichung und Ungleichheit. Einstellung zur Integration von Ausländern im Wohngebiet in Ost- und Westdeutschland drei Jahre nach der Einheit. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5/6, S. 335-362.
- Böltken, F. (1994): Regionalinformationen für und aus Umfragen: Einstellungen zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 78, S. 74-95.
- Braun, M./ Mohler, P.Ph. (1991): Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS): Rückblick und Ausblick in die neunziger Jahre. In: ZUMA-Nachrichten, 29, S. 7-28.
- Brown, R. (1995): Prejudice. Its Social Psychology. Oxford, UK, Cambridge, Mass.: Blackwell.
- Bunzl J./ Marin, B. (1983): Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Innsbruck: Inn-Verlag.
- Esser, H. (1986): Social Context and Inter-ethnic Relations: The Case of Migrant Workers in West German Urban Areas. In: European Sociological Review, 2, S. 30-51.
- Fields, J.H./Schuman, H. (1976): Public Beliefs About the Beliefs of the Public. In: Public Opinion Quarterly, 40, S. 427-448.
- Funk, W. (1989): Haushalt - ein SPSSx-Programm zur Erfassung personaler Haushalts- und Familienstrukturen. In: ZUMA-Nachrichten, 25, S. 7-23
- Gabler, S. (1994): Ost-West-Gewichtung der Daten der ALLBUS-Baseline-Studie 1991 und des ALLBUS 1992. In: ZUMA-Nachrichten, 35, S. 77-81.
- Gabler, S. (1996): Reduktion von Feldkosten durch automatische Clusterung von Adressen. In: ZUMA-Nachrichten, 39, S. 7-16.
- Gaertner, S. L./ McLaughlin, J.P. (1983): Racial Stereotypes: Associations and Ascriptions of Positive and Negative Characteristics. In: Social Psychology Quarterly, 46, S. 23-30.
- Giles, M. W. /Evans, A. (1986): The Power Approach to Intergroup Hostility. In: Journal of Conflict Resolution, 30, S. 469-486.
- Heckmann, F. (1981): Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heckmann, F. (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation: Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart: Enke.
- Herrmann A./ Schmidt P. (1995): Autoritarismus, Anomie und Ethnozentrismus. In: G. Lederer/ P. Schmidt (Hrsg.): Autoritarismus und Gesellschaft. Opladen: Leske & Budrich, S. 287-319.
- Hippler, H.-P. (1986): Methodenforschung im Rahmen des International Social Survey Project (ISSP) 1985. In: ZUMA-Nachrichten, 19, S.64-75.
- Inglehart, R. (1971): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. In: American Political Science Review, 65, S. 991-1017.

- Jackman, M. R. (1973): Education and Prejudice or Education and Response-Set? In: *American Sociological Review*, 38, S. 327-339.
- Jackman, M. R./ Muha, M. J. (1984): Education and Intergroup Attitudes: Moral Enlightenment, Superficial Democratic Commitment, or Ideological Refinement? In: *American Sociological Review*, 49, S. 751-769.
- Jäger, Ch. (1995): Theorie und Messung der Ausländerfeindlichkeit. Eine sozialwissenschaftliche Kritik der Forschungspraxis. Marburg: Marburger Beiträge zur Sozialwissenschaftlichen Forschung (MBSF) Nr. 6.
- Jagodzinski, W./Kühnel, S./Schmidt, P. (1987): Is there a "Socratic Effect" in nonexperimental panel studies? Consistency of an attitude toward Guestworkers. In: *Sociological Methods and Research*, 15, S. 259-302.
- Jagodzinski, W./Kühnel, S./Schmidt, P. (1988): Is the true score model or the factor model more appropriate? Response to Saris and Putte. In: *Sociological Methods and Research*, 17, S. 158-164.
- Jagodzinski, W./Kühnel, S./Schmidt, P. (1990): Searching for parsimony: are true-score models or factor models more appropriate?. In: *Quality and Quantity*, 24, S. 447-470.
- Koch, A./Gabler, S./Braun, M. (1994): Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1994. ZUMA-Arbeitsbericht 94/11.
- Krauth, C./Porst, R. (1984): Sozioökonomische Determinanten von Einstellungen zu Gastarbeitern. In: K.U. Mayer/P. Schmidt (Hrsg.), *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften: Beiträge zu methodischen Problemen des ALLBUS 1980*. Frankfurt: Campus, S. 233-266.
- Krebs, D./Hofrichter, J. (1989): Materialismus-Postmaterialismus: Effekte unterschiedlicher Frageformulierungen bei der Messung des Konzeptes von Inglehart. In: *ZUMA-Nachrichten*, 24, S. 60-72
- Lederer, G./Schmidt, P. (Hrsg.): *Autoritarismus und Gesellschaft*. Opladen: Leske & Budrich.
- Lenski, G. (1961): *The Religious Factor*. Garden City, NY: Doubleday.
- Pappi, F.U. (1979): *Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten*. Königstein: Athenäum.
- Pettigrew, T.F./Meertens, R.W. (1995): Subtle and Blatant Prejudice in Western Europe. In: *European Journal of Social Psychology*, 25, S. 57-76.
- Porst, R. (1984): Haushalte und Familien 1982. Zur Erfassung und Beschreibung von Haushalts- und Familienstrukturen mit Hilfe repräsentativer Bevölkerungsumfragen. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 13, S. 165-175.
- Rothe, G. (1990): Wie (un)wichtig sind Gewichtungungen? Eine Untersuchung am ALLBUS 1986. In: *ZUMA-Nachrichten*, 26, S. 31-55.
- Saris, W.E./Hartman, H. (1990): Common factors can always be found but can they also be rejected? In: *Quality and Quantity* 24, S. 471-490.
- Saris, W.E./van den Putte, B. (1988): True scores or factor models: A secondary analysis of the ALLBUS-test-retest data. In: *Sociological Methods and Research*, 17, S. 123-157.
- Scheepers, P./ Felling, A./ Peters, J. (1990): Social Conditions, authoritarianism and ethnocentrism: a theoretical model of the early Frankfurt School updated and tested. In: *European Sociological Review*, 6, S. 15-29.

- Scheepers, P./ Felling, A./Peters, J. (1992): Anomie, Authoritarianism and Ethnocentrism: Update of a Classic Theme and an Empirical Test. In: *Politics and the Individual*, 2, S.43-59.
- Schmidt, P./ Stephan, K./ Hermann, A. (1995): Entwicklung einer Kurzskaala zur Messung von Autoritarismus. In: G. Lederer/ P. Schmidt (Hrsg.): *Autoritarismus und Gesellschaft*. Opladen: Leske & Budrich, S. 221-227.
- Schuman, H./Steeh, Ch./Bobo, L. (1985) (Hrsg.): *Racial Attitudes in America. Trends and Interpretations*. Cambridge, Massachusetts/London: Harvard University Press.
- Simpson, G.E./ Yinger, J.M. (1985): *Racial and Cultural Minorities. An Analysis of Prejudice and Discrimination*. 5. Auflage. New York, London: Plenum Press.
- Smith, T.W. (1990): *Ethnic Images*. GSS Topical Report No. 19. Chicago.
- Sniderman, P.M./Piazza, T./Tetlock, P.E./Kendrick, A.: *The New Racism*. In: *American Journal of Political Science*, 35, S. 423-447.
- Srole, L. (1956): Social integration and certain corollaries: An exploratory study. In: *American Sociological Review*, 6, S. 709-716.
- Tajfel, H. (1982): *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen*. Bern, Stuttgart, Wien: Huber.
- Treiman, D.J. (1977): *Occupational Prestige in Comparative Perspective*. New York: Academic Press.
- Trometer, R. (1993): Ergebnisse der Umfrage zum ALLBUS. In: *ZUMA-Nachrichten*, 33, S.114-122.
- Wegener, B. (1985): Gibt es Sozialprestige? In: *Zeitschrift für Soziologie*, 14, S. 209-235.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1994): *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*. Opladen: Leske + Budrich.
- ZUMA/IZ (Hrsg.) (1983): *ZUMA-Handbuch Sozialwissenschaftlicher Skalen*. Mannheim, Bonn.

